

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Wolfgang Rüdig  
Die grüne Welle  
Zur Entwicklung  
ökologischer Parteien in Europa

Marie-Luise Weinberger  
Ende des grünen Zeitalters?

ISSN 0479-611 X

B 45/85  
9. November 1985

Wolfgang Rüdig, geb. 1956, Diplom-Politologe; Studium der Politologie, Soziologie und Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn, der Freien Universität Berlin und der London School of Economics and Political Science; Doktorand am Department of Science and Technology Policy, University of Manchester, England.

Veröffentlichungen u. a.: (mit L. Mez und B. Ollrogge) Energiediskussion in Europa, Villingen 1981<sup>3</sup>; Bürgerinitiativen im Umweltschutz: Eine Bestandsaufnahme empirischer Befunde, in: V. Hauff (Hrsg.), Bürgerinitiativen in der Gesellschaft, Villingen 1980; The Greens in Europe: Ecological parties and the European Elections of 1984, in: Parliamentary Affairs, 38 (1985); (mit P. D. Lowe) Environmental groups in Britain, in: P. Knoepfel/N. Watts (Eds.), Environmental Policy and Politics, London (im Druck); A comparison of antinuclear movements in the United States, Britain, France, and West Germany, in: R. Williams/S. Mills (Eds.), Public Acceptance of New Technology, London 1986 (im Druck).

Marie-Luise Weinberger, Dipl.-Pol., geb. 1955; Studium der Verwaltungs-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften in Konstanz und Berlin; bis 1981 Mitarbeiterin am Studienschwerpunkt Planung/Verwaltung des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin; seitdem als freie Autorin und in der wissenschaftlichen Politikberatung tätig.

Veröffentlichungen u. a.: Aufbruch zu neuen Ufern? Grün-Alternative zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Bonn 1984. Zahlreiche Zeitschriftenpublikationen zu den Themenbereichen: Grenzen und Möglichkeiten von Selbsthilfe, Zukunft der Arbeit, alternative Ökonomie sowie Theorie und Praxis neuer sozialer Bewegungen.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/460 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Die grüne Welle

### Zur Entwicklung ökologischer Parteien in Europa

#### I. Einleitung

Grüne Parteien sind in vielen westlichen Industrienationen zu einer wichtigen neuen politischen Erscheinung geworden. Während sich das Hauptinteresse der Öffentlichkeit im In- und Ausland auf die deutschen Grünen richtete, haben sich auch in anderen Ländern grüne Parteien mit teilweise beachtlichen Erfolgen gebildet.

Im internationalen Vergleich sind die deutschen Grünen relativ spät entstanden: Die ersten grünen Parteien wurden schon 1972 und 1973 gegründet. Bereits vier Jahre vor dem Einzug der grünen Fraktion in den Deutschen Bundestag hatten sich grüne Kandidaten zum ersten Mal Zugang in ein Landesparlament verschafft. Vergleicht man jedoch die politische Bedeutung der einzelnen grünen Parteien miteinander, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß die deutsche Situation zumindest zur Zeit noch einen Sonderfall darstellt. In keinem anderen Land haben es vergleichbare Parteien geschafft, sich wie die deutschen Grünen im politischen Leben Gehör zu verschaffen.

Die historisch-vergleichende Bestandsaufnahme grüner Parteien, die in diesem Aufsatz versucht wird, will zunächst einmal die Vielfalt des Phänomens darlegen. Dabei wird auch auf die Geschichte kleiner und in der Bundes-

republik wenig bekannter Parteien eingegangen. Ein solcher empirischer Überblicksartikel soll zudem auch zur international vergleichenden Analyse grüner Parteien beitragen. Abschließend sollen mögliche Erklärungen für internationale Gemeinsamkeiten und Unterschiede knapp angedeutet und die Zukunft grüner Parteien diskutiert werden.

Die folgende empirisch-deskriptive Übersicht ist im wesentlichen chronologisch angelegt. Drei historische Phasen lassen sich unterscheiden:

— Die Pionierzeit zu Anfang der siebziger Jahre mit der Entstehung der ersten nationalen Parteien in Neuseeland und Großbritannien;

— die Hauptphase grüner Parteibildung, eingeleitet durch Wahlerfolge der französischen Ökologen bei den Kommunalwahlen von 1977, gekennzeichnet besonders durch den Durchbruch der belgischen und deutschen grünen Parteien sowie weiterer grüner Parteigründungen und Wahlerfolge in Westeuropa;

— die „Post-Grünen“-Phase mit der weiteren Ausbreitung grüner Gruppen in westeuropäischen, aber auch außereuropäischen Ländern, vornehmlich inspiriert durch den Wahlerfolg der deutschen Grünen im Jahre 1983.

#### II. Die grüne Pionierzeit (1973–1977)

Die früheste Wahlbeteiligung ökologischer Gruppen und die Gründung grüner Parteien liegen schon relativ weit zurück. Sie sind allerdings nicht in Europa, sondern im fernen Ozeanien zu suchen. Im März 1972 formierte sich die *United Tasmania Group* (Vereinigte Tasmanien Gruppe, UTG) mit dem Ziel, den ökologischen Protest gegen Pläne für ein neues Wasserkraftwerk in die Wahlen zum tasmanischen Landesparlament zu tragen. Die

UTG war die erste ökologische Gruppe, deren Ziel die Teilnahme an Wahlen war. Als erste ökologische Partei der Welt auf nationaler Ebene kann jedoch die *Values Party* (Werte-Partei) Neuseelands angesehen werden, die im Mai 1972 gegründet wurde<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Die UTG begründete eine bis heute anhaltende Tradition ökologischer Kandidaten auf Tasmanien, die sich aber nicht auf das australische Festland

**Tabelle 1:** Wahlergebnisse grüner Listen und Parteien bei nationalen Parlamentswahlen, Präsidentschaftswahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament (in % der Gesamtstimmen)

Land	Name der Liste/Partei	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	Jahr der ersten Parteigründung (auf nat. Ebene)	Jahr des ersten Mandatsgewinns
Frankreich	Ecologistes (versch. Listen) Les Verts Entente Radicale Ecologiste (ERE)	1,3				2,1	4,4		3,9 1,1			3,4		1982	—
Großbritannien	People/Ecology Party	0,0 0,0					0,1 0,1				0,2	0,5		1973	—
Belgien	AGALEV/ECOLO					0,7	3,4		4,8			8,2	6,2	1980/1982	1981
Bundesrepublik Deutschland	Die Grünen Ökologisch Demokratische Partei (ÖDP)						3,2	1,5			5,6	8,2		1980	1983
Schweiz	Grüne Listen (versch.)						0,8				2,9	0,3		1983	1979
Luxemburg	Alternative Lescht-Wiert Ich (AL-WI) Déi Greng-Alternativ						1,0 1,0							1984 5,1 6,1	1984
Schweden	Miljöpartiet									1,7			1,5	1981	—
Finnland	Vihreä eduskun taryhmä										1,4			—	1983
Irland	Ecology Party/ Green Alliance									0,1		0,5		1981	—
Österreich	Alternative Liste Österreichs (ALÖ) Vereinigte Grüne Österreichs (VGÖ)										1,4			1983	—
Niederlande	Groen-Progressief Akkord (GPA) De Groenen											5,6 1,3		1984	1984

Quellen: Europawahlergebnisse nach Informationen des Directorate-General for Information and Public Relations, Publications and Briefings Division, European Parliament; für die übrigen Wahlergebnisse siehe die im Text angegebenen Quellen.

In Europa gingen die bedeutendsten Initiativen zur Wahlbeteiligung von Ökologen zunächst von Frankreich aus; dort beteiligte sich ein ökologischer Kandidat an den Parlamentswahlen von 1973. Auch in Schweden gab es Umweltparteien auf lokaler Ebene schon seit 1973. Von der lockeren Organisationsform bis zur Gründung einer nationalen grünen Partei dauerte es allerdings noch ein weiteres Jahrzehnt<sup>2)</sup>.

Trotz der frühen Wahlaktivität ökologischer Gruppen in Frankreich und Schweden ist die erste ökologische nationale Partei in Europa in Großbritannien gegründet worden. Ein sehr kleiner Personenkreis, der vorher nicht in Berührung mit der Umweltschutzbewegung gestanden hatte, gründete im Januar 1973 eine Partei mit dem Namen *People* (Leute, Menschen). Das Hauptmotiv für diesen Schritt war in den apokalyptischen Zukunftsvisionen zu suchen, wie sie zu dieser Zeit von Autoren wie Paul Ehrlich, dem Bericht des Club of Rome und der in Großbritannien besonders einflußreichen Schrift „Blueprint for Survival“ (Plan für das Überleben) verbreitet wurden<sup>3)</sup>. *People* setzte sich zum Ziel, die im Blueprint for Survival gemachten Vorschläge politisch umzusetzen, und der Hauptautor des Blueprint und Herausgeber des Magazins *The Ecologist*, Edward Goldsmith, trat der Partei

---

ausbreitete. Für Angaben über die Geschichte der UTG bin ich Dr. B. W. Davis, Department of Political Science, University of Tasmania, verbunden. Die *Values Party* Neuseelands konnte ihren größten Wahlerfolg 1975 erzielen, als sie 5,2 % der Stimmen erhielt. Dies reichte jedoch nicht für den Gewinn eines Mandats. Neuseelands Mehrheitswahlrecht macht es neuen Parteien schwer, sich durchzusetzen. Die *Values Party* kam in den achtziger Jahren der Auflösung nahe und erreichte bei den letzten Parlamentswahlen 1981 und 1984 jeweils nur 0,2%. Zur Geschichte der *Values Party* siehe C. C. James, *Social Credit and the Values Party*, in: H. R. Penniman (Eds.), *New Zealand at the Polls: The General Election of 1978*, Washington D. C. 1980, S. 148—167; R. Wilson, *From Manapouri to Aramoana: The Battle for New Zealand's Environment*, Auckland 1982, S. 186—189; Wahlergebnisse nach Angaben der New Zealand High Commission, London.

<sup>2)</sup> F. Nullmeier/H. Schultz, Politische Strategien der Ökologiebewegung in Frankreich, in: F. Nullmeier u. a., *Umweltbewegungen und Parteiensystem: Umweltgruppen und Umweltparteien in Frankreich und Schweden*, Berlin 1983, S. 15; F. Rubart, Schweden: Die „grüne“ Zentrumsparterie und die neue(n) Umweltpartei(en), in: F. Nullmeier u. a. S. 99—104.

<sup>3)</sup> E. Goldsmith u. a., *Blueprint for Survival*, Harmondsworth 1972, deutsche Übersetzung: *Planspiel zum Überleben: Ein Aktionsprogramm*, Stuttgart 1972.

daraufhin bei. Keine der neuen Umweltgruppen, wie z. B. die *Friends of the Earth* (Freunde der Erde), war jedoch für eine Beteiligung zu gewinnen. Alle derartigen Versuche schlugen fehl, und die Partei wies zunächst nur eine sehr begrenzte Mitgliederzahl auf, die erst Ende 1975 die 100-Marke überschritt. *People* nahm an den beiden Parlamentswahlen von 1974 teil, konnte aber nur Kandidaten in fünf bzw. vier Wahlkreisen (von insgesamt 635) aufstellen. Trotz des Namenswechsels in *Ecology Party* (Ökologie Partei) im Jahre 1975 kam die Partei bis 1979 aus der Existenzkrise nicht heraus. Ideologische Auseinandersetzungen führten überdies zum Bruch mit dem linken Flügel. Alle Versuche, die öffentliche Aufmerksamkeit etwa mit Hilfe der Beteiligung an Nachwahlen zu erlangen, schlugen fehl.

Zu einem nach internationalen Maßstäben bescheidenen Aufschwung kam es erst im Vorlauf zu den Wahlen von 1979. Diesmal wurden in 53 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt; das berechtigte die Partei zu einem einmaligen politischen Werbespot im öffentlichen Rundfunk und Fernsehen. Diese Sendungen machte die *Ecology Party* zum ersten Mal einer breiteren Bevölkerungsgruppe überhaupt bekannt. Die 53 Kandidaten erreichten in ihren Wahlkreisen durchschnittlich 1,5% der Stimmen. Insgesamt entfielen auf die Partei aber nur 0,1 % aller abgegebenen Stimmen. Die Mitgliederzahlen stiegen jedoch enorm und erreichten mit knapp 6 000 im darauf folgenden Jahr ihren Höhepunkt. Diese aufsteigende Tendenz hielt jedoch nicht lange an. Die Mitgliederzahlen gingen in den achtziger Jahren zurück und waren starken Schwankungen unterworfen. Obwohl sich interne Probleme in dieser Zeit in Grenzen hielten, blieben der *Ecology Party* nur wenige politische Themen, mit denen sie sich profilieren konnte. Die in Großbritannien nie sehr starke Anti-KKW-Bewegung löste sich Anfang der achtziger Jahre praktisch auf; die Anliegen der Friedensbewegung wurden relativ überzeugend sowohl von der *Labour Party* als auch von Teilen der Liberalen vertreten. Umweltschutzgruppen waren traditionell relativ gut etabliert. Dazu kam der Aufstieg der Sozialdemokratischen Partei im Verbund mit den Liberalen, der das Interesse der Medien völlig absorbierte.

Für die Wahlen von 1983 wurden zwar in 106 (von 650) Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt, diese erreichten jedoch durchschnittlich nur 1,0% der Stimmen. Insgesamt gerurteilt hat die

*Ecology Party* es bisher nicht geschafft, aus ihrer Rolle als einer politischen Randerscheinung herauszutreten; ihre im September 1985

beschlossene zweite Umbenennung in *The Green Party* (Die Grüne Partei) wird daran kaum etwas ändern<sup>4)</sup>.

### III. Der grüne Durchbruch (1977–1983)

Als die französischen Ökologen bei den Kommunalwahlen im März 1977 überraschend hohe Erfolge mit Einzelergebnissen von teilweise mehr als 10% erlangen konnten, zeichnete sich zum ersten Mal die Möglichkeit ab, daß die Wahlbeteiligung ökologischer Gruppen von größerer politischer Bedeutung werden könnte. Gegen Ende der siebziger Jahre hatten die grünen Wahlaktivitäten stark zugenommen. Obwohl die Probleme der Luft- und Wasserverschmutzung sowie die Befürchtungen eines weltweiten ökologischen Zusammenbruchs, die Anfang der siebziger Jahre von großer Bedeutung waren, in den Hintergrund traten, führte insbesondere die Diskussion über die friedliche Nutzung der Kernenergie zur weiteren Politisierung der Ökologiebewegung. Während die Kernenergiekontroverse in Ländern wie Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und Schweden sehr eng mit der Entwicklung grüner Parteien verbunden ist, kam der entscheidende Anstoß in anderen Ländern, wie z. B. in Belgien und Finnland, jedoch aus anderen Richtungen.

#### 1. Frankreich

Umweltschutzgruppen wie die 1970 gegründeten *Amis de la Terre* (Freunde der Erde) besaßen in Frankreich nur geringe Möglichkeiten, Einfluß auf den politischen Entscheidungsprozeß auszuüben. Eine Beteiligung an Wahlen war für die Umweltschützer einige der wenigen legalen Möglichkeiten, am politischen Prozeß teilzunehmen. Nach der ersten Beteiligung eines ökologischen Kandidaten an den Parlamentswahlen im März 1973 im Wahlkreis Mulhouse war das nächste bedeutende Ereignis der Pionierjahre die Kandidatur René Dumonts zu den Präsidentschaftswahlen von 1973. Das Ziel der Aktion lag hauptsächlich darin, den Wahlkampf zur Aufklärung der französischen Öffentlichkeit über Umweltschutzprobleme zu benutzen. Dumonts Ergebnis mit 1,3% im ersten Wahlgang war vielleicht enttäuschend, jedoch war damit ein Anfang gemacht.

Eine verstärkte Beteiligung an Wahlen stand auch in engem Zusammenhang mit dem Verlauf des Protestes gegen das französische Kernenergieprogramm, das seit 1974 zu einem zentralen Anliegen der französischen Ökologiebewegung geworden war. Der Verlauf der Demonstration gegen den Schnellen Brüter bei Malville im Sommer 1977, bei der es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei kam und ein Demonstrant getötet wurde, führte zu einem Überdenken der politischen Strategie. Den Aktionsformen der direkten Aktion und Platzbesetzung, die in anderen Umweltkonflikten, wie z. B. um die Errichtung einer Bleichemiefabrik in Marckolsheim und die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes bei Larzac, auch zu Erfolgen geführt hatten, waren offensichtlich Grenzen gesetzt. Mit den Wahlerfolgen von 1977 schien sich nun ein neues, vielversprechendes Aktionsfeld aufzutun.

Die Geschichte der Wahlbeteiligung französischer Ökologen ist jedoch ein stetiges Wechselspiel zwischen mäßigen Erfolgen und bitteren Enttäuschungen gewesen. Die Ergebnisse der Ökologen bei den Parlamentswahlen 1978 fielen mit 2,1% deprimierend niedrig aus, obwohl jeder Kandidat durchschnittlich 4,7% der Stimmen auf sich vereinen konnte. Die Europawahlen von 1979 und die Präsidentschaftswahlen von 1981 brachten mit 4,4% bzw. 3,9% wieder vielversprechende Ergebnisse<sup>5)</sup>.

Seit 1979 hatte ein großer Teil der Anti-KKW-Bewegung auf die Zusammenarbeit mit der *Confédération française démocratique du tra-*

<sup>4)</sup> Die Darstellung grüner Politik in Großbritannien beruht auf einer detaillierten Fallstudie, der eine Vielzahl von Interviews und Archivarbeiten zugrunde liegen. Erste Ergebnisse werden veröffentlicht in: W. Rüdig/P. Lowe, *The withered 'greening' of British politics: A study of the Ecology Party*, in: *Political Studies* 34, (1986), im Druck; auch W. Rüdig, *Die britischen Grünen in der Krise*, in: *Die Tageszeitung* vom 19. November 1981; W. Rüdig, *Ecology Party: In the wings*, in: *New Statesman* vom 5. August 1983.

<sup>5)</sup> F. Nullmeier/H. Schultz (Anm. 2).

vail (CFDT), dem zweitgrößten französischen Gewerkschafts-Dachverband, und der Sozialistischen Partei gesetzt. Die herbe Enttäuschung über Mitterrands „Verrat“ an der Ökologiebewegung nach seinem Machtantritt beschleunigte dann schließlich den Aufbau einer Parteiorganisation. Ideologische und personelle Auseinandersetzungen sowie die ausgeprägte Angst der Ökologen vor jeder auch nur annähernd hierarchisch strukturierten Großorganisation machten diesen Schritt jedoch sehr schwierig. An allen Wahlen von 1981 einschließlich der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen beteiligten sich ökologische Listen, zu denen sich einzelne Gruppen jeweils nach meist zerreibenden Verhandlungen über Programm- und Personalfragen vorübergehend zusammengefunden hatten. Eine der Hauptströmungen der Ökologiebewegung, die 1980 gegründete *Mouvement Ecologique Politique* (Ökologisch-Politische Bewegung) wollte dem ein Ende setzen und wandelte sich 1982 in eine Partei mit dem Namen *Les Verts: Parti Ecologiste* (Die Grünen: Ökologische Partei) um. Am Vorabend der Europawahlen von 1984 kam es zu weiteren Verhandlungen mit anderen ökologischen Gruppen über die Bildung einer Partei. Hierbei wurde zumindest ein Teilerfolg erzielt: Die zweite Hauptströmung, die sich schon 1981 als *Les Verts: Confédération Ecologiste* (Die Grünen: Ökologische Konföderation) formiert hatte, schloß sich mit der früheren *Mouvement Ecologique Politique* (MEP) zur Partei *Les Verts: Parti Ecologiste — Confédération Ecologiste* (Die Grünen) zusammen. Die *Amis de la Terre*, die eine so zentrale Rolle bei früheren Wahlen gespielt hatten, beteiligten sich jedoch nicht an der neuen Partei<sup>6)</sup>.

Ihr früherer Leiter, Brice Lalonde, der bekannteste Ökologist Frankreichs, schloß sich für die Europawahlen 1984 einer zentristisch-linksliberalen Gruppe, der *Entente Radicale Ecologiste* (Radikal Ökologischen Allianz) an<sup>7)</sup>. Diese Liste gewann 3,3% der Stimmen;

<sup>6)</sup> T. Chafer, The anti-nuclear movement and the rise of political ecology, in: P. G. Cerny (Eds.), *Social Movements and Protest in France*, London 1982, S. 202—220; T. Chafer, The Greens and the municipal elections, in: *Newsletter for the Study of Modern & Contemporary France*, (1983) 14, S. 11—16; T. Chafer, The Greens in France: An emerging social movement, in: *Journal of Area Studies*, (1984) 10, S. 36—43; Die Tageszeitung vom 9. Februar 1984.

<sup>7)</sup> W. Rüdiger, The Dutch and French Greens in the European Elections 1984: Case studies in experimental politics. Paper presented at the U.K. Political Studies Association conference, Manchester April 1985.

die Grünen konnten mit 3,4% nur ein etwas besseres Ergebnis erzielen. Es ist anzunehmen, daß die grüne Wählerschaft durch die Kandidatur der *Entente Radicale Ecologiste* (ERE) zumindest teilweise gespalten wurde.

Obwohl die Ergebnisse der letzten Präsidentschafts- und Europawahlen auf eine relativ stabile Stammwählerschaft für die französischen Grünen hindeuten, steht der politische Durchbruch immer noch aus. Mit zur Zeit nur 700 Mitgliedern und sehr knappen finanziellen Mitteln sind die Möglichkeiten für weitere Wahlaktivitäten sehr begrenzt. Die Einführung eines neuen Wahlsystems für die Nationalratswahlen 1986 eröffnet den Grünen zwar zum erstenmal eine realistische Chance, auch auf nationaler Ebene politische Mandatsträger zu gewinnen. Das neue Verhältniswahlrecht mit einer Fünf-Prozent-Hürde benachteiligt jedoch kleine Parteien immer noch sehr stark, da in den meisten Wahlkreisen weit mehr als 5% für ein Mandat notwendig sind und es kein nationales Ausgleichssystem gibt, das die Proportionalität von Stimmen- und Mandatsteilen sicherstellt. Die Grünen rechnen daher höchstens mit zwei bis drei Sitzen<sup>8)</sup>, deren Gewinn der Partei aber wohl kaum „einen Fuß in der Türe politischer Macht“ bringen würde.

## 2. Bundesrepublik Deutschland

Auch bei den deutschen Grünen war die Verbindung zur Kernenergiekontroverse stets sehr eng. Die Geschichte der Grünen von der Gründung der Umweltschutzpartei in Niedersachsen im Mai 1977 bis zur Formierung einer nationalen Partei im Januar 1980 und darüber hinaus ist in ihren Grundzügen wiederholt dargestellt worden<sup>9)</sup>, so daß hier nur festgehalten werden soll, daß der fortgesetzte und zumindest bis Anfang 1985 andauernde Aufstieg der Grünen nicht zuletzt durch eine einmalige Kombination verschiedener politischer Gruppen ermöglicht wurde: Außer Kernkraftgegnern und Umweltschützern ist hier vor allem die Integration wichtiger Teile

<sup>8)</sup> Y. Cochet, *Perspectives Economique et Politique du Mouvement Ecologique en Europe* (Vortrag), Paris, Ecole Normale Supérieure, Juni 1985; S. Parkin, *International Liaison Secretary Report*, Ecology Party, London, May 1985 (mimeo).

<sup>9)</sup> L. Klotsch/R. Stöss, Die Grünen, in: R. Stöss (Hrsg.), *Parteien-Handbuch: Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945—1980*, Bd. 2, Opladen 1984, S. 1509—1598.

der „neuen Linken“, Spontis, früherer K-Gruppen-Mitglieder sowie anderer politisch versprengter und vorher irrelevanter Kräfte wie die AUD zu nennen, die der Partei ein Reservat an politischen Aktivisten zuführte. Diese Kombination verschiedener Gruppen aus teilweise entgegengesetzten politischen Lagern besaß den großen Vorzug, daß die Grünen ihre Aktivisten und Wähler über eine relativ breite Palette politischer Themen mobilisieren konnten. Auf der anderen Seite trug jedoch gerade die Vielfalt der beteiligten politischen Strömungen auch zur Verstärkung interner Auseinandersetzungen bei, die die weitere erfolgreiche Entwicklung der Partei gefährden<sup>10)</sup>.

### 3. Schweiz

Trotz des vergleichsweise hohen Aktivitätsniveaus grüner Listen und Parteien in der Bundesrepublik und Frankreich wurden die ersten grünen Mandatsträger in der Schweiz in ein nationales Parlament gewählt.

Über einen längeren Zeitraum schon hatte der Umweltprotest eine politisch relativ starke Rolle in der Schweiz gespielt. Besonders der seit 1975 anhaltende und an Intensität in den darauffolgenden zehn Jahren kaum abnehmende Konflikt um das Kernkraftwerk Kaiseraugst war hier von zentraler Bedeutung, aber auch andere Großprojekte wurden zum Gegenstand ökologischen Protestes<sup>11)</sup>.

Seit 1978 wurden auf lokaler und kantonaler Ebene grüne Listen und Parteien gegründet, die offenbar nicht unbeeinflusst durch die Entwicklungen in der Bundesrepublik<sup>12)</sup> geblieben waren. Die einzelnen grünen Gruppen taten sich jedoch sehr schwer, eine nationale politische Kraft zu formieren. Bei den Nationalratswahlen von 1979 wurden immerhin zwei „grüne“ Kandidaten gewählt<sup>13)</sup>. In den achtziger Jahren entstanden dann weitere lokale und kantonale grüne Parteien. Eine nationale Vereinigung scheiterte jedoch an ideologischen Differenzen zwischen „grünen“ und „alternativen“ Grünen. Die konservative-

ren grünen Parteien schlossen sich schließlich im Juli 1983 zur *Föderation der Grünen Parteien der Schweiz* zusammen, während die „alternativen“ Gruppen ihre Unabhängigkeit beibehielten<sup>14)</sup>. Bei den Nationalratswahlen erreichten alle grünen Kandidaten 2,9% der Gesamtstimmen. Insgesamt vier Mandate wurden errungen, drei davon fielen auf die *Föderation der Grünen Parteien der Schweiz*<sup>15)</sup>.

Es wird den Grünen jedoch schwerfallen, auch auf der nationalen Ebene eine bedeutende Rolle einzunehmen. Während ihre Spaltung sie sicherlich schwächt, stellt aber auch der in der schweizer Politik vorherrschende Konsensusansatz, der in der seit 1959 anhaltenden Koalition der vier größten Parteien seinen stärksten politischen Ausdruck findet, eine schwer zu nehmende Hürde für neue, kleine Parteien dar, über den Nationalrat an politischem Einfluß zu gewinnen. Die Grünen müssen sich außerdem noch der Konkurrenz anderer Kleinparteien, die in der Umweltpolitik hervorgetreten sind, wie etwa die aus der Studentenbewegung hervorgegangenen *Progressiven Organisationen der Schweiz* (POCH), stellen.

### 4. Schweden

Schweden ist ein weiteres Beispiel für die zentrale Bedeutung der Kernenergiekontroverse für die grüne Parteibildung. Während auf der lokalen Ebene Umweltschutzlisten schon seit 1973 bestehen, versuchten auf der nationalen Ebene auch etablierte Parteien, sich der Umweltschutzthemen besonders anzunehmen. Die Kernenergiefrage nahm in der Mitte der siebziger Jahre zentrale Bedeutung an. Zwei gegensätzlichen politischen Lagern zugehörige Parteien, die Zentrumspartei und die Kommunistische Partei, setzten sich an die Spitze der politischen Opposition gegen die Atomkraft. Während die kommunistische Position von den meisten Umweltschützern mit Skepsis betrachtet wurde, hatte man größeres Vertrauen zur Zentrumspartei. Die Glaubwürdigkeit der anti-nuklearen Position der Zentrumspartei wurde jedoch in der Zeit ihrer Regierungsbeteiligung nach 1976 schwer beeinträchtigt, als sie ihr Wahlver-

<sup>10)</sup> W. Rüdiger, The greening of Germany, in: *The Ecologist*, 13 (1983) 1, S. 35—39.

<sup>11)</sup> M. Sieber/H. Werner, Environmental politics in Switzerland. Paper presented at the Joint Session of the European Consortium for Political Research, Lancaster April 1981.

<sup>12)</sup> Neue Zürcher Zeitung vom 15. Oktober 1978.

<sup>13)</sup> H. Lohneis, The Swiss elections of 1983: A glacier on the move, in: *West European Politics*, 7 (1984), S. 117—119.

<sup>14)</sup> Süddeutsche Zeitung vom 1. Juni 1983; W. Bär, Schweiz: Stabilität ist Trumpf, in: *Die Tageszeitung* vom 22. Oktober 1983.

<sup>15)</sup> *European Journal of Political Research*, 12 (1984), S. 341.

sprechen, der Kernenergie ein Ende zu setzen, nicht erfüllte. Für Kernenergiegegner galt die Zentrumsparterie forthin als nicht mehr wählbar; so entstand ein politisches Vakuum.

Die Initiative für eine Umweltpartei kam von einem früheren Abgeordneten der Volkspartei, der seit 1979 unter Kernkraftgegnern und lokalen Umweltparteien Unterstützung für eine neue nationale Partei suchte. Nach dem Ergebnis der Volksabstimmung über die Kernenergie im März 1980 bekam diese Bewegung Zulauf. Im September 1981 wurde schließlich die *Miljöpartiet* (Umweltpartei) gegründet. Bei der Reichstagswahl 1982 erreichte die Umweltpartei jedoch nur 1,7% der Stimmen und scheiterte damit klar an der in Schweden bestehenden Vier-Prozent-Hürde. Die meisten Stimmen für die Umweltpartei kamen von früheren Anhängern der bürgerlichen Parteien, während sich nur relativ wenige ehemalige Wähler der Sozialisten und Kommunisten für sie entscheiden konnten.

Das Hauptproblem der Umweltpartei besteht darin, sich eine eindeutige politische Identität zu verschaffen, die sie von ihren Konkurrenten abhebt. Dies ist um so schwieriger, als auch andere politische Parteien mehr oder weniger glaubhaft umweltpolitische Forderungen vertreten. Neben der Zentrumsparterie gilt dies auch noch für die kleine Christdemokratische Partei, die sich strikt gegen die Kernenergie wandte und 1982 die Umweltpartei mit 1,9% knapp überflügelte<sup>16)</sup>.

Bei den Parlamentswahlen im September 1985 konnte die Umweltpartei mit 1,5% keine Mandate erringen<sup>17)</sup>.

## 5. Belgien

Während eine ausgeprägte Anti-KKW-Bewegung ein wichtiger Anstoß, aber bei weitem kein hinreichender Faktor für eine erfolgreiche grüne Parteientwicklung ist, können starke grüne Parteien jedoch auch ohne eine solche enge Verzweigung mit der Kernenergiekontroverse entstehen. Hier ist insbesondere Belgien zu nennen, das kaum durch eine besonders starke Anti-KKW-Bewegung ausgewiesen ist.

In Belgien bestehen zwei separate grüne Parteien für die flämisch und französisch sprechenden Gebiete. *AGALEV* in Flandern und *ECOLO* in Wallonien und Brüssel. Es gibt keinen direkten politischen Wettbewerb zwischen beiden Parteien und nur relativ unbedeutende programmatische Unterschiede. Beide Parteien haben jedoch ihre eigene historische Identität. Die *AGALEV* ging aus einer zunächst überhaupt nicht explizit politisch ausgerichteten Gruppe mit dem Namen *Anders Gaan Leven* (Anders leben) hervor, die im Jahre 1970 in Antwerpen gegründet wurde. Die Gruppe besaß eine religiöse Ausrichtung mit progressiv-christlicher Tendenz. Ihr Interesse an einem alternativen Lebensstil brachte sie jedoch auch mit lokalen Umweltkonflikten in Verbindung. Diese ersten politischen Erfahrungen motivierten *Anders Gaan Leven* zu politisch ausgeprägterem Handeln. Ihre christlich-moralisch fundierte Ablehnung von Umweltverschmutzung, Kernenergie und Kernwaffen sowie eine allgemeine Desillusionierung hinsichtlich der „Realpolitik“ der flämischen Christlichen Volkspartei trugen entscheidend zur Entwicklung einer parteipolitischen Perspektive bei, die zunächst in Form einer Zusammenstellung „grüner Listen“ von Kandidaten der etablierten Parteien begann. 1977 betrat *Anders Gaan Leven* (als *AGALEV*) selbst die politische Arena durch Unterstützung lokaler christlicher, Dritte-Welt-, Umwelt- und Friedensgruppen. Zunächst wurde mit wenig Erfolg nur im Raum Antwerpen kandidiert. Der Durchbruch kam jedoch mit den Europawahlen von 1979: *AGALEV* erhielt 2,3% der Wählerstimmen und zog daraufhin Mitglieder aus der Umweltbewegung und anderen politischen Gruppen an. 1981 folgte der Einzug ins Parlament mit zwei Abgeordneten. *AGALEV* hatte zunächst nur als Wahlausschuß von *Anders Gaan Leven* zu Wahlzeiten bestanden; erst im März 1982 wurde *AGALEV* organisatorisch von *Anders Gaan Leven* getrennt und als Partei etabliert<sup>18)</sup>.

Wenn *AGALEV* stark von progressiv-christlichen Einstellungen beeinflusst wurde, die im flämisch-niederländischen Kulturkreis besonders ausgeprägt sind, so fehlte dieser Aspekt im französisch-sprachigen Teil Belgiens. Erste „grüne Listen“ hatten hier schon 1976 an Kommunalwahlen teilgenommen, initiiert durch

<sup>16)</sup> F. Rubart (Anm. 2); E. Vedung, The environmental party and the Swedish five-party syndrome, in: K. Lawson and P. M. Merk (Eds.), When Parties Fail: Emerging Alternative Organizations, Princeton, N. J. (im Ersch.).

<sup>17)</sup> Die Tageszeitung vom 17. September 1985.

<sup>18)</sup> P. Stouthuysen, De politieke identiteit van de Vlaamse Groene Partij *AGALEV*, in: Res Publica, 25 (1983), S. 349—375.

die belgischen *Amis de la Terre* (Freunde der Erde). Weitere ökologische Gruppen, die an den Parlamentswahlen vom März 1977 teilnehmen wollten, entstanden ebenfalls in diesem zeitlichen Umfeld; *ECOLO* war eine davon.

Das Entstehen von *ECOLO* ist eng verbunden mit dem Ausscheiden einer Gruppe von „Disidenten“ aus der regionalistischen Bewegung; diese verließ 1973 die regionalistische Partei der Wallonischen Sammlungsbewegung (RW) und gründete die Gruppe *Democratie Nouvelle* (Neue Demokratie). Die Idee der regionalen Selbstbestimmung stand den ökologischen Konzepten der Dezentralisierung von Technologie und politischer Macht nahe. Die *Democratie Nouvelle* befaßte sich vorwiegend mit ökologischen und anti-nuklearen Fragestellungen und ging 1976 in den *Amis de la Terre* auf.

Während die wenigen wallonischen ökologischen Kandidaten 1977 allein keine vielversprechenden Ergebnisse erzielen konnten, brachte der Erfolg der französischen Ökologen 1977 einen stimulierenden Einfluß. Dem französischen Vorbild entsprechend, brachen in der wallonischen parteipolitischen Bewegung die ideologischen Konflikte aber auch viel stärker aus: In Brüssel hatten sich zu den Parlamentswahlen von 1978 zwei Listen, *ECOLOG* und *ECOPOL*, gegründet. Während *ECOLOG* sich enger den Umweltthemen widmete, verband *ECOPOL* die Integration von Umweltschutz mit radikal-demokratischen Forderungen der „neuen Linken“. Zwei entsprechende Gruppen, diesmal mit den Namen *Ecologie Bruxelles* und *Ecologie-J*, beteiligten sich auch bei den Parlamentswahlen von 1981. Hatten die Europawahlen von 1979, in denen *ECOLO* und *AGALEV* zusammen 3,4% erreichten, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die beiden Parteien gelenkt, so konnten sie sich 1981 mit insgesamt 4,8% vier Mandate im belgischen Parlament sichern.

Die Erfolge von 1979 und 1981 zogen schließlich auch die organisatorische Stabilisierung von *ECOLO* nach sich: *ECOLO* etablierte sich im März 1980 als „permanente Struktur politischer Intervention“. Die auf Brüssel beschränkten grünen Splittergruppen erlangten nach 1981 keine weitere Bedeutung, jedoch wurde der ihnen zugrundeliegende Konflikt zwischen einem pragmatisch orientierten reformistischen ökologischen Flügel und radikaleren Ansätzen der „neuen Linken“ auch in

*ECOLO* vertreten<sup>19)</sup>. Der Einfluß der „neuen Linken“ auf die belgischen Grünen war jedoch nie so groß, wie dies in der Bundesrepublik der Fall ist; d. h. auch, daß interne Auseinandersetzungen nie die Intensität und Bedeutung annahmen, die die deutschen Grünen kennzeichnet.

Es stellt sich die Frage, ob die belgischen Grünen die Schwelle von der parlamentarischen Repräsentanz zu politischer Relevanz in naher Zukunft überschreiten können. Auf lokaler Ebene ist dies mit der Beteiligung von *ECOLO* an einer Koalition mit linken und regionalistischen Kräften in Lüttich seit 1983 bereits geschehen<sup>20)</sup>. Auf nationaler Ebene kann eine eventuelle Regierungsbeteiligung auch nicht ausgeschlossen werden, jedoch ist die Position von *AGALEV* und *ECOLO* im belgischen Mehrparteiensystem mit einer Vielzahl von Koalitionsmöglichkeiten weniger günstig für kleine Parteien als etwa in der Bundesrepublik. Bei den Parlamentswahlen im Oktober 1985 erreichten *AGALEV* und *ECOLO* zusammen 6,2% der Stimmen und konnten damit die Zahl ihrer Sitze von vier auf neun erhöhen.

## 6. Finnland

Auch in Finnland gelang es den Grünen Anfang der achtziger Jahre, mit dem Einzug ins nationale Parlament Aufsehen zu erregen. Hier ging es weniger um die Kernenergie, sondern eine Auseinandersetzung über die Austrocknung eines kleinen Sees wurde zum Schlüsselereignis der grünen Bewegung. Der Kojjärvi See in Südfinnland ist als Brutstätte vieler seltener Vogelarten bekannt. Als Farmer ihn zur landwirtschaftlichen Nutzung trockenlegen wollten, griffen Umweltschützer

<sup>19)</sup> P. Stouthuysen, *De Politieke Identiteit van den Ekologische Beweging: Een verkennend en beschrijvend onderzoek naar het verschijnsel groene partijen*, Licentiaat, Vrije Universität Brüssel 1981, S. 220—223; J. Fitzmaurice, *The Politics of Belgium: Crisis and Compromise in a Plural Society*, London 1983, S. 182—183; J. Timmermans, *Une autre manière de faire de la politique ... ?*, Mémoire de license en Information et Arts de Diffusion, Faculté de Philosophie et Lettres, Université de Liège, Année Académique 1982—83; F. Roelants/J.-L. Roland, *La percée écologiste: Feu de paille ou lame de fond? Réflexions à partir du cas de la Belgique*, Papier vorgelegt bei der Konferenz *Perspectives Economiques et Politique du Mouvement Ecologique en Europe*, Paris, Ecole Nationale Supérieure, Juni 1985.

<sup>20)</sup> J. Beaufays u. a., *Les élections communales a Liège: cartels, polarisation, et les écologistes au pouvoir*, in: *Res Publica*, 25 (1983), S. 391—415.

zu Mitteln des zivilen Ungehorsams und direkter Aktion, um den See zu erhalten<sup>21</sup>). Diese Ereignisse erregten landesweit Aufsehen; so wurde die Koijärvi-Bewegung schließlich zum zentralen Wegbereiter der grünen Bewegung in Finnland.

Umweltschutzgruppen beteiligten sich zum ersten Mal an Wahlen anlässlich der Kommunalwahlen von 1980. Wenige Monate vor den nationalen Parlamentswahlen im März 1983 wurde dann von Mitgliedern der Umwelt-, Friedens-, Frauen- und Alternativbewegungen eine grüne Liste gebildet; Mitglieder der Koijärvi-Bewegung waren dabei führend beteiligt. Eine wichtige Rolle spielte außerdem die Bewegung der Behinderten. Die Grüne Liste kandidierte in sieben von 14 Wahlkreisen und konnte mit insgesamt 1,4% der Gesamtstimmen zwei Mandate erringen, die auf Exponenten der Behinderten- und der Koijärvi-Bewegung fielen. Nur zwei Wochen nach dem Einzug der deutschen Grünen in den Bundestag wurde damit Finnland zum vierten Land mit grünen Parlamentsabgeordneten. Es besteht bisher jedoch keine grüne Partei, sondern nur eine parlamentarische grüne Gruppe (*Vihreä eduskuntaryhmä*)<sup>22</sup>).

## 7. Österreich

Ende 1982, etwa zur gleichen Zeit wie in Finnland, kam die grüne Welle auch in Österreich in Bewegung; eine Vielzahl von Parteien wurde gegründet<sup>23</sup>). Zwei Organisationen erhielten schließlich nationale Bedeutung und nahmen an den Nationalratswahlen vom 24. April 1983 teil: die *Alternative Liste Österreichs* (ALÖ), die sich nach dem Muster gleichnamiger Gruppen in Hamburg und Berlin neben dem Umweltschutz besonders der sozialen Minderheiten und anderer „linker“ Themen annimmt, und die *Vereinigten Grünen Österreichs* (VGO), die eher konservativ ausgerichtet sind. Mit 1,4% (ALÖ) und 1,9%

(VGO) verpaßten jedoch beide Gruppen den Einzug ins Parlament<sup>24</sup>).

Die österreichischen Grünen besaßen wichtige Vorläufer in solchen lokalen Gruppen, die sich an Gemeinderatswahlen beteiligten. Die wichtigste war hier die Salzburger *Bürgerliste*, die aus Bürgerinitiativen hervorging und 1977 zum ersten Mal kandidierte. Mit 5,6% zog sie auf Anhieb in den Gemeinderat ein. Der sensationelle Erfolg der *Bürgerliste* mit 17,6% bei den Gemeinderatswahlen von 1982<sup>25</sup>) trieb den Prozeß der grünen Parteibildung weiter voran.

Das Potential für eine steigende Bedeutung der grünen Parteien in Österreich erscheint zur Zeit günstig. Insbesondere die Auseinandersetzung um das Wasserkraftwerk Hainburg hat die Popularität der Grünen stark erhöht. Die Spaltung in zwei Parteien könnte jedoch ihre weitere Entwicklung stark beeinträchtigen. Die erste gemeinsame Kandidatur von Grünen und Alternativen bei den Landtagswahlen in Vorarlberg im Oktober 1984 wurde mit einem Stimmengewinn von 13% honoriert<sup>26</sup>).

## 8. Irland

Weniger Aussicht auf Erfolg hat die grüne Partei Irlands. Mit Anteilen von 0,1% bzw. 0,5% an den Gesamtstimmen bei den Parlamentswahlen 1982 und den Europawahlen 1984 ist sie zur Zeit nur eine marginale Kraft.

In Irland trug besonders das Vorbild der britischen *Ecology Party* zur Gründung der *Ecology Party of Ireland* im Dezember 1981 bei. Nach einer Reorganisation von 1983, die den einzelnen lokalen Gruppen mehr Macht gibt und das nationale Element der Organisation stark abwertete, wurde der Name auf *Comhantas Glas* oder *Green Alliance* (Grüne Allianz) geändert. Sie ist damit ein relativ loser Verband von lokalen grünen Gruppen. Während die Konzentration auf die lokale Ebene

<sup>21</sup>) T. Järvikovski, Alternative movements in Finland: The case of Koijärvi, in: Acta Sociologica, 24 (1981), S. 313—320.

<sup>22</sup>) V. Komsu, The Green Movement in Finland, Helsinki, Vihreä eduskuntaryhmä vom 21. Januar 1984 (mimeo); K. Wilska, The Greens in Finnish politics: A short background, in: Vihreä Lanka, (1983) 2. Ich bin außerdem Dr. Timo Järvikovski vom Institut für Soziologie an der Universität Turku für weitere Informationen und Kommentare zu grüner Politik in Finnland dankbar.

<sup>23</sup>) Laut Der Spiegel, (1983) 3, S. 116—117, existierten zeitweilig 36 verschiedene „grüne“ Parteien in Österreich.

<sup>24</sup>) F. Plasser/P. A. Ulram, Wahlkampf und Wahlentscheidung 1983: Die Analyse einer ‚kritischen‘ Wahl, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 12 (1983), S. 227—292.

<sup>25</sup>) H. Dachs, Eine Renaissance des ‚unmündigen‘ Bürgers? Über den Aufstieg der Salzburger Bürgerliste, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 12 (1983), S. 311—330.

<sup>26</sup>) Die Tageszeitung vom 23. Oktober 1984; Financial Times vom 24. Oktober 1984 und vom 10. Januar 1985.

den Aufbau eines nationalen Profils erschwert, fehlt der Partei auch weitgehend der

Bezug zu den zentralen Streitfragen der irischen Politik<sup>27)</sup>.

## IV. Grün als politische Modefarbe (1983—1985)

Der Erfolg der deutschen Grünen, die im März 1983 mit 27 Abgeordneten in den Bundestag einzogen, hat zweifellos zur Aufwertung grüner Parteien auch in anderen Ländern beigetragen. Während die guten Landtagswahlergebnisse auch vorher eine stimulierende Wirkung ausübten, hatte der Erfolg von 1983 eine einmalige internationale Signalwirkung. In mehreren Ländern bildeten sich in den Jahren 1983 und 1984 neue grüne Parteien auf nationaler Ebene.

### 1. Luxemburg

Luxemburg hat eine relativ ausgeprägte Umweltbewegung, die Ende der siebziger Jahre besonders durch die Auseinandersetzung um das Kernkraftwerk Remerschen stimuliert wurde. Die erste ökologisch ausgerichtete Liste wurde zu den Wahlen von 1979 gegründet. Die *Alternative Lescht — Wiert Ich* (Alternative Liste — Wehrt Euch), tendierte nach dem Vorbild der deutschen alternativen Listen stärker nach links<sup>28)</sup>. Sie erhielt 1,0% der Stimmen und löste sich daraufhin auf. Mit Blick auf die Wahlen von 1984 wurde jedoch die Gründung einer grünen Partei ins Auge gefaßt; diese formierte sich 1983 dann unter dem Namen *Déi Greng-Alternativ* (Die Grüne Alternative) und konnte mit 5,1% der Stimmen bei den nationalen Parlamentswahlen von 1984 gleich zwei Mandate erringen<sup>29)</sup>.

### 2. Niederlande

In den Niederlanden ist bis vor kurzem noch keine grüne Partei in Erscheinung getreten.

<sup>27)</sup> C. Feddes, *Irish Greens: A straighter record*, in: *Green Line*, (Februar 1984) 1, S. 19; *Die Grünen in Europa — Irland*, in: *Grüner Basis-Dienst* (1984) 4, S. 42—43; Interview mit Christopher Feddes von der *Green Alliance* im März 1984; Informationsmaterial der *Green Alliance*; Wahlergebnisse nach *The Irish Times* vom 27. November 1982 und Angaben der Irischen Botschaft, London.

<sup>28)</sup> F. Müller-Rommel, 'Parteien neuen Typs' in Westeuropa: Eine vergleichende Analyse, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 13 (1982), S. 373.

<sup>29)</sup> *Tageblatt* (Zeitung für Letzebuerg) vom 18. Juni 1984. Bei den gleichzeitig stattfindenden Europawahlen, die nach einem anderen System ausgezählt wurden, erhielt die Grüne Alternative 6,1% der Stimmen; Schriftliche Mitteilung von Gilbertz André vom Juli 1984.

Die Parteien der sogenannten „kleinen Linken“, insbesondere die Radikale Partei (PPR) und die Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP), schienen zusammen mit den Mitte-Links stehenden Demokraten '66 das Spektrum einer grünen Partei gut abzudecken. Die Gründung einer grünen Partei wurde daher auch nicht erwartet<sup>30)</sup>.

Diese Annahme ist jedoch durch die Ereignisse der letzten zwei Jahre widerlegt worden. Im Vorlauf zu den Europawahlen 1984 hat sich die Form grüner Politik in den Niederlanden entscheidend verändert.

Insbesondere zwei politische Kräfte haben zu dieser Entwicklung beigetragen: Zum einen hatte die historisch gut etablierte niederländische Umweltbewegung unter der konservativen Regierung aus Liberalen und Christdemokraten seit 1981 wesentlich an Einfluß verloren. Dadurch wurden unter Umweltschützern Überlegungen in Gang gesetzt, ob die bestehenden Interessengruppen nicht durch eine explizit parteipolitische Aktivität erfolgreich ergänzt werden könnten.

Die zweite politische Kraft, die auf eine „Ergrünung“ niederländischer Politik hinarbeitete, kam von der „kleinen Linken“, insbesondere von Teilen der Radikalen Partei. Die PPR war seit dem Ende der siebziger Jahre in eine Krise geraten und sah ihren politischen Einfluß sinken. Der Erfolg der deutschen Grünen bot der PPR nun ein alternatives Modell für eine politische Neuformierung als grün-rote Kraft an.

Diese beiden Szenarien gewannen weitere Attraktivität mit dem Ergebnis einer Meinungsumfrage von 1983; 12% der Befragten gaben an, eine grüne Partei wählen zu wollen. Die beiden Gruppen, Teile der PPR und parteipolitisch nicht gebundene Umweltschützer, fanden sich 1983 zur *Groen Platform* (Grüne

<sup>30)</sup> F. Müller-Rommel, *Ecology parties in Western Europe*, in: *West European Politics*, (1982) 5, S. 68—74; L. Mez und F. J. Speckmann, *Umweltparteien in den Niederlanden*, vorgelegt als Papier beim Arbeitskreis Parteien, Wahlen, Parlamente der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft im April 1981 in Berlin.

Plattform) zusammen, um die Möglichkeiten der Formierung einer grünen Partei im Hinblick auf die Europawahlen 1984 zu diskutieren.

Dieser Schritt stand am Anfang einer Reihe verwickelter politischer Manöver, an deren Ende sich schließlich zwei grüne Formationen gebildet hatten: Auf der einen Seite gab es die *Groen-Progressief Akkoord* (Grün-Progressive Allianz [GPA]), die von der PPR, PSP, der Kommunistischen Partei CPN und einer nur auf dem Papier bestehenden grünen Partei der Niederlande *Groene Partij Nederland* (GPN), die von PPR Mitgliedern zur Vorbeugung registriert worden war, bestand. Während zumindest Teile der PPR die GPA als ersten Schritt zu einem grün-roten Bündnis von größerer politischer Permanenz verstanden, waren PSP und CPN der GPA vor allem aus taktischen Gründen beigetreten: Da die Niederlande nur 25 Abgeordnete ins Europaparlament senden können, sind mindestens 4% für ein Mandat erforderlich. Keine Partei der „Kleinen Linken“ konnte erwarten, alleine einen solchen Stimmenanteil zu erreichen. PSP und CPN erklärten, an einer dauerhaften grün-roten Allianz oder gar Partei nicht interessiert zu sein. Die meisten Umweltschützer, die sich der Grünen Plattform angeschlossen hatten, waren jedoch zu einer Beteiligung an der GPA nicht bereit; vornehmlich deshalb, weil die CPN daran beteiligt war und es sich um eine zeitlich begrenzte Allianz handelte, deren Zweck sie vornehmlich darin sahen, daß sich die „Kleine Linke“ ein „grünes Mäntelchen“ zur Förderung ihrer Wahlchancen umhing. Zusammen mit anderen Umweltgruppen gründete dieser Kreis nun eine eigene Partei: *De Groenen* (Die Grünen)<sup>31)</sup>.

Die GPA erreichte 5,6% der Stimmen und zog mit zwei Abgeordneten ins Europaparlament ein, konnte jedoch das kombinierte Ergebnis von CPN, PPR, und PSP von 1979 (5,1%) nur knapp übertreffen; Die Grünen kamen auf 1,3%<sup>32)</sup>.

<sup>31)</sup> Die GPA und De Groenen führten einen ausgedehnten und leidenschaftlichen Wahlkampf gegeneinander für das Recht, alleine als *die* grüne Partei angesehen zu werden. Nach ausgedehnten Rechtsstreitigkeiten durften beide Gruppen schließlich nicht unter ihrem gewählten Namen antreten: Die GPA mußte unter den Namen ihrer Mitgliederparteien antreten, d. h. als CPN, GPN, PPR, PSP. De Groenen hatten sich als Reserve auch noch den Namen De Europese Groenen (Die Europäischen Grünen) registrieren lassen und durften darunter kandidieren.

<sup>32)</sup> Eine ausführlichere Darstellung der niederländischen Vorgänge wird in W. Rüdig, *The Dutch*

Während Die Grünen wahrscheinlich als Partei weiterbestehen und an den nationalen Parlamentswahlen von 1986 teilnehmen werden (das Europawahlergebnis könnte ihnen ein bis zwei Sitze einbringen), ist die Zukunft der GPA unsicherer. Die PSP und CPN (sowie auch Teile der PPR) sind weiterhin nicht daran interessiert, die „Kleine Linke“ in einer grünen Partei aufgehen zu lassen. Da im niederländischen Verhältniswahlrecht schon 0,67% der Stimmen für ein Mandat ausreichen, wäre ein Zusammenschluß vor den Wahlen nur dann attraktiv, wenn sie sich davon eine weit höhere Prozentzahl versprechen könnten. Mit der Konkurrenz der Grünen für das Image der grünen Partei und des Fehlens von Bonus-Stimmen bei den Europawahlen mag die Option einer vereinigten grün-roten Partei im Moment nicht attraktiv genug erscheinen.

### 3. Dänemark

In Dänemark ist im Oktober 1983 die Partei *De Grønne* (Die Grünen) entstanden, die sich dabei „nach eigenen Angaben ... am Vorbild der deutschen Umweltparteien“, insbesondere den Grünen, orientiert<sup>33)</sup>. Kernenergie-, Umwelt- und Friedensthemen waren zwar vorher schon von den Linkssozialisten und den Radikalen Liberalen abgedeckt worden, jedoch konnte dies — ähnlich wie in den Niederlanden (und Italien) — die Bildung einer eigenen grünen Partei nicht verhindern.

Während Dänemark ein Verhältniswahlrecht mit einer Zwei-Prozent-Hürde hat und damit es neuen Parteien scheinbar leicht gemacht wird, sich zu etablieren, gibt es jedoch ein anderes, wichtiges Hindernis: Um überhaupt zu den Wahlen zugelassen zu werden, muß jede neue Partei die Unterstützung von nicht weniger als 1/175 der gesamten Wählerschaft für ihre Kandidatur einholen<sup>34)</sup>; zur Zeit sind

and French Greens in the European Elections 1984 (Anm. 7) gegeben. Besonderen Dank schulde ich Frank Steenkamp, Philip van Moers, André Naas und John Hontelez für die Zusendung von Informationsmaterial und Kommentaren zu grüner Politik in den Niederlanden. Andere Quellen sind P. Beeckmans-Wienert, *Die Grünen in Europa: Niederlande*, in: *Grüner Basis-Dienst*, (1984) 4, S. 43—45; R. van Duijn (Hrsg.), *Groene Politiek: De visie van het groen platform*, Amersfoort 1984; P. Langbroek, *Een groene partij?*, Stichting Natuur en Milieu, Utrecht 1983 (mimeo); S. Parkin, *The Co-ordination of the European Greens, Ecology Party*, London, August 1984 (mimeo).

<sup>33)</sup> Die Tageszeitung vom 20. Oktober 1983.

<sup>34)</sup> L. N. Johansen, Denmark, in: *G. Hand u. a., European Electoral Systems Handbook*, London 1979, S. 48.

das etwa 20 000 Unterschriften. Den Grünen war es so nicht möglich, an den Parlamentswahlen von 1983 teilzunehmen. Ende 1984 gelang es ihnen aber, die nötige Zahl der Unterschriften zusammenzubringen, und so werden sie bei den folgenden Parlamentswahlen das Recht haben, Kandidaten aufzustellen. Die Partei hatte Anfang 1985 etwa 500 Mitglieder<sup>35)</sup>, und nach dem Erfolg der Zulassung zur Wahl scheinen ihre Chancen für den Einzug ins Parlament recht gut zu sein.

#### 4. Italien

In Italien hat der Erfolg der deutschen Grünen eine besonders eingehende Diskussion über grüne Politik ausgelöst<sup>36)</sup>. Traditionell wurde die Radikale Partei (PR) als italienisches Gegenstück grüner Parteien angesehen. Ähnlich wie in den Niederlanden hat sich in Italien dennoch eine unabhängige Bewegung für eine grüne Partei gebildet. Neben der Stimulierung aus dem Ausland war es besonders die Unfähigkeit der PR, die einzelnen verschiedenen Minderheitsgruppen von Umwelt-, Anti-KKW, Friedens- und Frauenbewegungen etc. zu mobilisieren und sich zu ihrem parlamentarischen Vertreter zu machen. Die Politik der PR wurde auch stark von dem wenig effektiven und manchmal skurril wirkenden Verhalten ihres charismatischen Führers Marco Panella geprägt<sup>37)</sup>; diese Politik hat andere grüne und radikale Parteien im neuen Europaparlament veranlaßt, jede weitere Kooperation mit der PR abzulehnen.

Die ersten grünen Wahlaktivitäten auf lokaler und regionaler Ebene fanden bezeichnenderweise im deutschsprachigen Südtirol statt. Dort erreichte die *Lista Verde*, (Grüne Liste), die aus der Gruppe *Nuova Sinistra* (Neue Linke) hervorging, bei den Regionalwahlen im November 1983 1,4% der Stimmen; dies reichte für ein Mandat aus<sup>38)</sup>. Seit 1983 kam es zur Bildung weiterer grüner Gruppen im gesamten Land. Eine Reihe von Konferenzen zur Diskussion grüner Politik fand zwar statt, jedoch gab es für die Gründung einer nationalen Partei bisher keinen Konsens. Ein Haupt-

problem der Grünen sind die Annäherungsversuche der Radikalen Partei, die, so wird befürchtet, die grüne Bewegung vereinnahmen will. Alle grünen Gruppen auf lokaler Ebene wollen vorerst unabhängig bleiben<sup>39)</sup>.

Der erste größere Test für die italienische grüne Bewegung kam mit den Regional- und Kommunalwahlen im Mai 1985. Die Radikalen verzichteten hier auf jede Kandidatur und forderten zur Unterstützung der grünen Listen auf<sup>40)</sup>. Die Wahlergebnisse waren relativ enttäuschend: Insgesamt vereinigten die grünen Listen 1% der Stimmen bei den Kommunal-, 1% bei den Provinz- und 1,7% bei den Regionalwahlen. Einige Einzelergebnisse bei den Kommunalwahlen in wichtigen Städten (Mailand 2,6%; Rom 3,0%; Brescia 3,3%; Como 3,4%; Bergamo 3,4%; Mantova 4,2%; Cuneo 4,8%) waren jedoch vielversprechender<sup>41)</sup>.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die grüne Bewegung in Italien stabilisieren kann und insbesondere eine organisatorische Form findet, die den Bedürfnissen der lokalen grünen Gruppen nach Autonomie und der weitverbreiteten Angst vor hierarchischen Organisationsformen gerecht wird und dabei ebenso das Problem des Verhältnisses zur Radikalen Partei löst.

#### 5. Spanien

Die spanische Umweltbewegung konnte sich nur langsam nach dem Ende der Franco-Zeit entwickeln. Der Protest gegen die Kernenergie spielt eine große Rolle, wurde jedoch besonders von regionalistischen Kräften (Basken, Katalanen) getragen; große Bedeutung erlangte in den achtziger Jahren die unabhängige Friedensbewegung.

Umweltschützer, Kernenergiegegner, Anti-NATO-Gruppen, Feministen, Alternative und versprengte Kräfte der „neuen Linken“ sind an einem bislang unübersichtlichen Prozeß der grün-alternativen Listen- und/oder Parteibildung beteiligt.

Verschiedene grüne Gruppen, die die Beteiligung an Wahlen als zukünftige Aktionsform

<sup>35)</sup> Schriftliche Mitteilung von Anne und Ole Jørgensen vom Januar 1985.

<sup>36)</sup> Siehe z. B. Un partito/movimento „verde“ anche in Italia?, Dossier des Kongresses der Nuova Sinistra, Trento 18/19. Dezember 1982.

<sup>37)</sup> Zur Rolle von Pannella vgl. A. Langer, Warum es in Italien keine grüne, wohl aber eine Radikale Partei gibt, in: *Freibeuter*, 15 (1983), S. 82–92.

<sup>38)</sup> *La Repubblica* vom 22. November 1983.

<sup>39)</sup> Die Tageszeitung vom 8. Dezember 1984 und 10. Dezember 1984; A. Langer, Italiens grüne Tupfer mehren sich, in: *Grüner Basis-Dienst*, (1985) 2, S. 35–36; schriftliche Mitteilung von Sandro Boato vom Februar 1984 und Januar 1985.

<sup>40)</sup> Die Tageszeitung vom 6. November 1984.

<sup>41)</sup> *L'Unita* vom 19. Mai 1985.

erwägen, wurden seit 1983 auf lokaler und regionaler Ebene gegründet. Eine breite Palette grüner Gruppen traf sich im Juni 1984 in Malaga zur Konferenz der Grünen Spaniens. Die Konferenz war für alle Gruppen offen und repräsentierte eine relativ lose Organisation, die die Diskussion über die Struktur einer zu bildenden grünen Liste oder Partei einleiten und vorantreiben sollte. Bevor eine zweite, für Dezember 1984 anberaumte Konferenz stattfinden konnte, hatten sich jedoch starke interne Konflikte manifestiert. Während ein Teil der Gruppen die Gründung einer Partei ablehnte, ging eine andere Fraktion 1984 mit der Gründung der *Partido Politico Español de los Verdes* (Spanische Politische Partei der Grünen) voraus. Zu einem Eklat kam es bei dem schließlich im Februar 1985 stattfindenden Folgekongress. Die die Parteigründung ablehnenden „Alternativen“ protestierten u. a. gegen angeblich undemokratische und autoritäre Methoden in der Vorbereitung des Kongresses. Einigen „Alternativen“, die ihre Kritik auf der Tagung vorbringen wollten, wurde mit Hilfe der Polizei die Teilnahme verweigert<sup>43)</sup>.

Obwohl die Grünen auch als Folge der starken Friedensbewegung, der keine der etablierten Parteien überzeugend eine politische Heimat anbieten kann, potentiell eine wichtige Rolle spielen könnte, stellt die innere Zerrissenheit der Bewegung ein wichtiges Handicap für ihren politischen Durchbruch dar.

In den meisten westlichen Industriestaaten sind inzwischen grüne Parteien anzutreffen, die sich jedoch in ihrer historischen Genese, ideologischen Ausrichtung und politischen Bedeutung teilweise stark unterscheiden. Detaillierte empirische Studien sind notwendig, bevor überzeugende Erklärungen für diese Unterschiede gegeben werden können. Einige für die weitere vergleichende Analyse wichti-

<sup>43)</sup> Interviews mit Juan José Merino Carillo, Conferencia de los Verdes de Estado Español, Lüttich und Malaga im März und Mai 1984.

<sup>44)</sup> Für eine Darstellung der Vorgänge aus der Sicht der „Alternativen“, s. Grüner Basis-Dienst, (1985) 2, S. 36—37.

## 6. Portugal

In *Portugal* gibt es eine sogenannte „grüne“ Partei, mit der jedoch die Umweltbewegung nichts zu tun haben will. Die Gründung einer Partei *Os Verdes* (Die Grünen) im Jahre 1981 geht offenbar auf die Initiative der Kommunistischen Partei zurück. Ein auf der von Kommunisten gegründeten und geführten Vereinigten Volksallianz (APU) gewählter Unabhängiger fungiert seitdem als Vertreter der „Grünen“ im Parlament. Im übrigen macht auch die kleine Monarchistische Volkspartei (PPM) Versuche, sich als Umweltpartei zu profilieren. Die portugiesische Ökologiebewegung ist jedoch an einer grünen Partei bisher nicht interessiert, erwägt aber die Aufstellung eines eigenen Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen<sup>44)</sup>.

## 7. Sonstige Länder

In Westeuropa ist zur Zeit nur noch in Griechenland und in Norwegen keine grüne Liste oder Partei anzutreffen, wenn auch Bestrebungen zu ihrer Bildung in diesen Ländern bestehen.

Die grüne Welle hat sich auch außerhalb Europas ausgebreitet, u. a. nach den USA, Kanada und Japan. Die dort gegründeten grünen Gruppen und Parteien sind jedoch zumindest auf nationaler Ebene völlig unbedeutend geblieben. Ein Potential für eine stärkere grüne Partei besteht zur Zeit höchstens in Australien, wo die *Nuclear Disarmament Party* (Nukleare Abrüstungspartei, NDP) im Dezember 1984 6,8% der Stimmen erhielt<sup>45)</sup>.

## V. Analyse

gen Punkte sollen nachstehend in Form von Thesen zusammengefaßt werden:

1. Das Entstehen einer „ökologischen Weltanschauung“ zu Beginn der siebziger Jahre, die Umweltprobleme als Ausdruck einer globa-

<sup>44)</sup> A. Eloy, Wir stellen keine Bedingungen, in: Die Tageszeitung vom 28. April 1984; J.-M. Pierlot, Portugal — une écologie en recherche, in: L'Ecologiste, (November 1983) 47, S. 41—43; schriftliche Mitteilung von Antonio Eloy, Lissabon, vom März 1984.

<sup>45)</sup> Interview mit Michalis Trempoulos, Thessaloniki Ecology Group, Lüttich im März 1984; schriftliche Mitteilung von Karl G. Hoyer vom März 1985 und von Erna Denborough und Jenny Cotterell vom Februar 1985.

len, systemischen Krise der Industriegesellschaft auffaßte, deren katastrophales Ende nur durch radikale soziale und politische Umwälzungen vermieden werden könne, stellt den ersten wichtigen Schritt zur Entstehung von grünen Parteien dar. Während das Aufkommen solcher Ideen mit der Diskussion über die „Grenzen des Wachstums“ unmittelbar zur Gründung von neuen Parteien in Neuseeland und Großbritannien beitrug, wären diese ersten Ansätze grüner Parteipolitik ohne die politische Eskalation von konkreten Umweltkonflikten in den siebziger Jahren wahrscheinlich isolierte Randerscheinungen geblieben. Von zentraler Bedeutung ist hier insbesondere der Kernenergiekonflikt, der in vielen Ländern zu starken Protestbewegungen führte und entscheidend zur Politisierung von Umweltfragen beitrug. Der konkrete Ablauf des Kernenergiekonfliktes in den einzelnen Ländern ist vielleicht der wichtigste einzelne Faktor für die Entwicklung grüner Parteien. Seine Funktion als symbolischer Kristallisationspunkt der Politisierung der Umweltbewegung kann jedoch auch von anderen Konflikten ausgefüllt werden.

2. Die erfolgreiche Integration von Umweltprotesten durch das jeweilige politische System kann die Gründung grüner Parteien verhindern, verzögern oder deren politische Anziehungskraft stark einschränken. Integrationsmechanismen variieren: Sie können entweder durch vornehmlich administrative Maßnahmen im Rahmen des Verhältnisses von Interessengruppen und Regierungsbehörden wahrgenommen oder durch andere politische Parteien, die im System schon etabliert sind, erfüllt werden.

Die USA und Großbritannien können als Beispiele für die erste Version angeführt werden<sup>46)</sup>. Auf der parteipolitischen Ebene haben neben den meisten sozialistischen/sozialdemokratischen und einigen liberalen Parteien u. a. die Zentrumspartei Schwedens, die Radikale Partei Italiens und die links-sozialistischen Parteien Dänemarks und der Niederlande ausgeprägte Versuche unternommen, die Umwelt-, Anti-KKW- und Friedensbewegungen zu integrieren<sup>47)</sup>.

<sup>46)</sup> S. W. Rüdig/P. Lowe, *The withered 'greening' of British politics* (Anm. 4); vgl. auch H. Kitschelt, *New social movements in West Germany and the United States*, in: *Political Power and Social Theory*, 5 (1985) (im Druck).

<sup>47)</sup> Einige dieser Parteien waren auch sehr erfolgreich in ihren Integrationsbemühungen, wie Mül-

Der Erfolg dieser Integrationsmechanismen ist jedoch abhängig von einer Reihe anderer Faktoren: a) den politischen Stimuli in Form der Stärke und Politisierung von Umweltproblemen sowie anderer politischer Themen, wie z. B. dem der Abrüstung, die von der grünen Protestbewegung aufgegriffen werden; b) dem politischen Handlungsspielraum, wie er u. a. durch die Verteilung von Energieressourcen, der geo-strategischen Bedeutung des Landes und den internen Machtverhältnissen gegeben ist.

3. Die Gründung grüner Parteien profitierte in vielen Ländern von der Koalition von Umweltschützern und Kernenergiegegnern mit anderen, politisch schlecht integrierten Randgruppen. In einigen Fällen, wie z. B. in Belgien, kam die Initiative zugunsten grüner Parteien letztlich von Gruppen, deren ursprüngliche Handlungsmotivation nicht im Umweltbereich lag.

Ein zentraler Faktor grüner Parteipolitik betrifft die Beteiligung der „Neuen Linken“, die in vielen Fällen entweder zu starken internen Auseinandersetzungen oder zu separaten Parteientwicklungen beigetragen hat. In diesem Zusammenhang kann man zwischen zwei Ansätzen grüner Politik unterscheiden: Der „Regenbogen“-Ansatz sieht grüne Politik als Ausdruck einer breiten Allianz von Ökologie-, Jugend-, Frauen- und Friedensbewegungen, konzentriert sich besonders auf die Belange bestimmter gesellschaftlicher Minderheiten und schließt die Zusammenarbeit mit anderen radikalen und linkssozialistischen Gruppen und Parteien (insbesondere auf internationaler Ebene) nicht aus. Grüne „Puristen“ konzentrieren sich dagegen enger auf ökologische Fragestellungen und lehnen die Assoziation mit linkssozialistischen Parteien und ihrer Programmatik ab<sup>48)</sup>. Die Spaltung grüner Politik in Ländern wie der Schweiz, Österreich, den Niederlanden und Spanien kann ein gravierendes politisches Hindernis für den Durchbruch grüner Parteien darstellen.

ler-Rommel in seiner Analyse des Wahlverhaltens von Anhängern der Umwelt-, Anti-KKW- und Friedensbewegungen zeigen kann; s. F. Müller-Rommel, *New social movements and smaller parties: A comparative perspective*, in: *West European Politics*, 8 (1985), S. 41–54.

<sup>48)</sup> Dieser Konflikt hat sich auch auf internationaler Ebene manifestiert im Vorlauf zu den Europawahlen 1984; s. W. Rüdig, *The Greens in Europe: Ecological parties and the European elections of 1984*, in: *Parliamentary Affairs*, 38 (1985), S. 70–71.

4. Letztlich spielt auch noch das Wahlsystem selbst eine wichtige Rolle. Jedoch ist es zu einfach, die Chancen grüner Parteien ausschließlich nach dem Vorhandensein eines Mehrheits- oder Verhältniswahlrechts einzustufen. Die „mageren“ Wahlergebnisse der britischen *Ecology Party* zum Beispiel könnten mit dem Hinweis auf das Mehrheitswahlrecht erklärt werden. Jedoch hat etwa die *Values Party* Neuseelands in einem weitgehend identischen Wahlsystem 1975 immerhin 5.2 % der Stimmen erhalten. Neben dem Wahlsystem müssen deshalb auch noch andere Faktoren, wie z. B. die erfolgreiche Integration potentieller grüner Kräfte mit anderen Mitteln, berücksichtigt werden.

Neben dem System der Stimmenauswertung gibt es weitere wahlrechtliche Aspekte, die in der Gründungsphase eine wichtige Rolle spielen können. Hier sind besonders Hindernisse angesprochen, die überwunden werden müssen, bevor überhaupt eine Liste oder Partei an nationalen Wahlen teilnehmen darf. Trotz eines Verhältniswahlrechts mit einer Zwei-Prozent-Hürde stellt Dänemark z. B. neuen Parteien sehr strikte Bedingungen, bevor sie kandidieren können. Das britische System ist

dem genau entgegengesetzt. Hier gibt es keine gesetzlichen Regelungen für Parteien, sondern nur Bedingungen für die Aufstellung einzelner Kandidaten, die sich im wesentlichen auf die Stellung einer Kautionsbeschränkung. Dies hat es einem sehr kleinen Personenkreis 1973 erlaubt, die Partei *People* zu gründen und, wenn auch in sehr bescheidenem Rahmen, im darauffolgenden Jahr an nationalen Wahlen teilzunehmen.

Die unterschiedlichen Systeme des Verhältniswahlrechts, insbesondere die Höhe der zur Mandatsgewinnung zu überspringenden „Hürden“, sind auch von Bedeutung. In der Bundesrepublik mag die Fünf-Prozent-Hürde zum Beispiel dazu beigetragen haben, daß so viele verschiedene Gruppen sich in der Partei *Die Grünen* zusammengefunden haben und, trotz starker interner Auseinandersetzungen, bisher eine Spaltung vermieden werden konnte. Das Schicksal der *Ökologisch Demokratischen Partei* (ÖDP), die von Herbert Gruhl nach kurzer Mitarbeit bei den Grünen gebildet wurde, aber bisher völlig im Schatten der Grünen gestanden hat, ist ein abschreckendes Beispiel.

## VI. Die Zukunft grüner Parteien

Grüne Parteien werden in den nächsten Jahren auch weiterhin zum politischen Bild Westeuropas gehören. In einigen Ländern jedoch ist grüne Politik entweder eine wahrscheinlich vorübergehende Modeerscheinung oder andere politische Faktoren verhindern, daß ökologische Parteien aus ihrer marginalen Rolle ausbrechen. In Irland und Großbritannien sowie fast allen außereuropäischen westlichen Industriestaaten dürften grüne Parteien in nächster Zeit kaum von sich reden machen, zumindest nicht in Wahlen auf nationaler Ebene.

Grüne Politik befindet sich in Frankreich und Schweden zur Zeit in der Krise. Die schwedische *Miljöpartiet* hat nun zweimal klar die Vier-Prozent-Hürde verpaßt. Die französischen Grünen sind zu einer sehr kleinen Partei mit schweren finanziellen Problemen geschmolzen. Ein erster Mandatsgewinn in den Parlamentswahlen von 1986 könnte hier jedoch eventuell zu einem erneuten Aufschwung führen. Grüne Parteien in Finnland,

Dänemark, den Niederlanden, Luxemburg und der Schweiz sind dagegen entweder schon im Parlament etabliert oder haben gute Chancen, daß dieser Schritt in näherer Zukunft gelingt, wahrscheinlich ohne jedoch direkten Einfluß auf die Regierungsbildung ausüben zu können. Nur eine Koalition einer ergrünten „Kleinen Linken“ mit anderen Kleinparteien und der Arbeiterpartei in den Niederlanden könnte hier eine Ausnahme bilden. Die sich noch in der Formierungsphase befindenden italienischen und spanischen Grünen könnten auch bald zu dieser Gruppe gehören. Größerer Einfluß könnte von den schon gut etablierten belgischen grünen Parteien ausgehen, falls diese ihre stetige Aufwärtsentwicklung weiter fortsetzen könnten. Auch ein Einzug der österreichischen Grünen in den Nationalrat, der besonders im Falle einer Überwindung ihrer Aufspaltung in zwei Parteien wahrscheinlich wäre, könnte eine potentiell größere politische Relevanz haben. Die deutschen Grünen gelten zu Recht als die politisch bedeutendste Kraft und haben vielleicht

die größten Chancen, ihre Rolle weiter auszubauen.

Die Zukunft grüner Parteien wird sicherlich zu einem großen Teil vom Aufkommen neuer politischer Streitfragen („issues“) abhängen, die ihnen eine weitere Profilierung erlauben. Die Überlebenschancen dieser Parteien würden in der Tat steigen, falls sie eine politische Identität (und Stammwählerschaft) unabhän-

gig von in ihrer politischen Aktualität stark fluktuierenden Einzelthemen gewinnen könnten. Dies mag in der Bundesrepublik<sup>49)</sup> und vielleicht auch schon in Belgien bereits erreicht sein.

---

<sup>49)</sup> F. Müller-Rommel, DIE GRÜNEN im Lichte von neuesten Ergebnissen der Wahlforschung, in: T. Kluge (Hrsg.), Grüne Politik: Eine Standortbestimmung, Frankfurt/M. 1984, S. 125—141.

## Ende des grünen Zeitalters?

*„Politische Utopie muß im Prozeß der Verwirklichung immer den Ort der herrschenden gesellschaftlichen Wirklichkeit suchen.“*

Wolf-Dieter Narr

### I. Einleitung

Ihr Aufstieg war kometenhaft: Mühelos nahmen die Grünen eine Wahlhürde nach der anderen. Und dies, obwohl sie gegen alles waren: gegen Wachstum, gegen Atomkraft, gegen die Industriegesellschaft. Es schien, als ob sich immer mehr Bundesbürger der Zivilisationskritik der jungen Protestpartei unkritisch anschließen wollten. Alle machten mit: APO-Opas, frustrierte Hausfrauen, kniebandbehoste, heimatliebende Naturfreunde, lila Feministinnen, studentische Spontis, Missionare der neuen Innerlichkeit, ehemalige K-Gruppen-Mitglieder mit Weltrevolutionsvisionen, biedere Bauern, Jugendliche und SPD-Aussteiger. So bunt wie dieses Erscheinungsbild ist auch die inhaltliche Ordnung; einig ist man sich nur über die Grundwerte: öko-

logisch, basisdemokratisch, gewaltfrei und sozial.

Doch der Reiz des Neuen ist dahin. Die Wähler in Nordrhein-Westfalen und im Saarland haben den Grünen verdeutlicht, daß mit fundamentalistischen Überlebensforderungen kein Staat im Staate Bundesrepublik zu machen ist. Die Grünen stehen am Scheideweg. Wird aus der grünen Protest- und Bewegungspartei eine Parlaments- und Programmpartei? Können die Grünen die Anliegen der neuen sozialen Bewegungen realpolitisch durchsetzen, auch unter dem Zwang zu Kompromissen? Schaffen die Grünen die Reform ihrer eigenen Radikalität — die beschwerliche Reise von der Utopie zur Wirklichkeit?

### II. Die Grünen — Ausdruck einer gesellschaftlichen Krisensituation oder Indikator eines epochalen Wandels?

Die Grünen sind das Ergebnis der Institutionalisierung und Parlamentarisierung der außerparlamentarisch agierenden neuen sozialen Bewegungen (NSB) der späten siebziger und frühen achtziger Jahre: Bürgerinitiativbewegung, Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, Frauenbewegung, Selbsthilfe- und Alternativbewegung und die Friedensbewegung. Diese Bewegungen richteten sich aus soziologischer Sicht eher defensiv gegen die „Kolonialisierung der Lebenswelt“ (Habermas) und gegen die vorherrschende ökonomische und bürokratische Rationalität<sup>1)</sup>. Als weitere Gründe

für das Entstehen der Grünen und der neuen sozialen Bewegungen werden in der sozialwissenschaftlichen Literatur angeführt u. a.:

- Wertwandel und Paradigmenwechsel (Inglehart, Hildebrandt/Dalton, Raschke)
- Durchbruch der hedonistischen Ethik (Bell)
- Kulturkreise des Westens (Löwenthal)
- wohlfahrtsstaatliche Anspruchsdynamik (Klages)<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. J. Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2, Frankfurt/M. 1981, S. 490ff.

<sup>2)</sup> Die Entstehungsursachen für die NSB und die Grünen sind in der sozialwissenschaftlichen Literatur bereits ausführlich abgehandelt worden; des-

Aber auch der Hegemonie- und Innovationsverlust des sozialliberalen Regierungsprojektes führte dazu, daß sich die Grünen als vierte Partei im bundesdeutschen Parteiensystem etablieren konnten. Gegen den industriegesellschaftlich-sozialstaatlichen Legitimus der Sozialdemokratie bildeten sich zwei gesellschaftliche Gegenentwürfe heraus: der wachstumsgläubige Neokonservatismus und das wachstumskritische grüne Politikmodell<sup>3)</sup>. Der Neokonservatismus ist industriegesellschaftlich orientiert, aber anti-sozialstaatlich eingestellt. Er setzt bewußt auf die „am Produktionsprozeß unmittelbar beteiligten Schichten, die ein Interesse daran haben, das kapitalistische Wachstum als Grundlage des sozialstaatlichen Kompromisses zu verteidigen“<sup>4)</sup>, und nimmt billigend die Spaltung der Gesellschaft in Erwerbstätige und Nicht-Erwerbstätige in Kauf.

Der grüne Politikentwurf dagegen setzt auf die „bunt zusammengewürfelte Peripherie auf der anderen Seite“<sup>5)</sup>, auf die „antiproduktivistische Allianz: (Haus-)Frauen und Arbeitslose, Alte, Schüler und Studenten, Homosexuelle und Behinderte, Ausländer und Angehörige des alternativ-kulturellen Milieus. Zu ihnen gesellen sich die Angehörigen der neuen Mittelschichten der Sozial- und Dienstleistungsberufe: die „Therapeutokratie“ mit ihrer „white-collar-Radikalität“. „Der ausgeprägte

Schwerpunkt der Grünen im Bereich der Nicht-Erwerbstätigen und der Sozialberufe deutet darauf hin, daß eine in der Alltagserfahrung und im Werthorizont vom produktivistischen Leistungskern der Industriegesellschaft deutlich abgegrenzte Trägerschaft für eine eigenständige politische Formation bereitsteht. Mit etwas Mut zur überspitzten Formulierung könnte man diese von den verdinglichten Sachzwängen einer technisierten und bürokratisierten Arbeitswelt freigesetzten Bevölkerungsgruppen — in Anlehnung an die Handlungstypen bei Habermas — die ‚kommunikative Klasse‘ nennen. Ebenso wie das kollektiv-instrumentelle Handeln in der Fabrikwelt die egalitär-solidarischen Wertmuster der Arbeiterbewegung präformierte, finden die Strukturprinzipien der alternativen Politik ihre Grundlage in der sozialen Lebenswelt dieser post-industriellen Schichten: Die Praxis der Versammlungsdemokratie ist nur bei einer vergleichsweise freien Zeiteinteilung der Mitgliedschaft längerfristig funktionsfähig; die beruflichen Tätigkeitsbereiche dieser Aktivistengruppen zeichnen sich zu meist durch relativ überschaubare Dimensionen aus, so daß zwanglose Verständigung (Konsensprinzip) anstelle formalisierter Hierarchien möglich erscheint; in der persönlichen Wertskala sind immaterielle Ziele wie Selbstverwirklichung, Unabhängigkeit und Lebensgenuß vor dem als entfremdet geltenden Streben nach Geld, Macht und Prestige angesiedelt.“<sup>6)</sup>

Das neue Weltbild, das von den Anhängern der Grünen entwickelt wird, läßt sich wie folgt umreißen:

— Antimodernismus: Ablehnung der wachstumsorientierten Konsum- und Wegwerfgesellschaft und des technischen Fortschritts als Motor industrieller Entwicklung. Die linke Kapitalismuskritik wird durch eine Kritik des Lebensstils der silent majority ergänzt.

— Anti-Nuklearismus und Pazifismus: Prinzipieller Widerstand gegen die militärische und zivile Nutzung der Kernenergie. Plädoyer für grundsätzliche Gewaltfreiheit.

---

halb kann in diesem Zusammenhang darauf verzichtet werden. Vgl. insbesondere M.-L. Weinberger, *Aufbruch zu neuen Ufern?*, Bonn 1984; K. W. Brandt, *Neue soziale Bewegungen*, Opladen 1982; K. W. Brandt/D. Büsser/D. Rucht, *Aufbruch in eine neue Gesellschaft*, Frankfurt/M. — New York 1985; D. Bell, *Die Zukunft der westlichen Welt*; R. Inglehart, *The Silent Revolution — Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton 1977; J. Raschke, *Politik und Wertwandel in westlichen Demokratien*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 36/80; R. Löwenthal, *Gesellschaftlicher Wandel und Kulturkrise*, Frankfurt/M. 1979; H. Klages, *Verdrossener Bürger — Verdrossener Staat*, Frankfurt/M. 1982; G. Langguth, *Protestbewegung*, Köln 1983; W. Schäfer, *Neue soziale Bewegungen*, Frankfurt/M. 1983; W. P. Bürklin, *Grüne Politik*, Opladen 1984; E.-P. Müller, *Die Grünen und das Parteiensystem*, Köln 1984; G. Langguth, *Der grüne Faktor — Von der Bewegung zur Partei*, Zürich 1984; Th. Kluge, *Grüne Politik — Der Stand einer Auseinandersetzung*, Frankfurt/M. 1984; K. Gotto/H.-J. Veen, *Die Grünen — Partei wider Willen*, Mainz 1984.

<sup>3)</sup> J. Habermas, *Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energie*, in: ders., *Die neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt/M. 1985, S. 152.

<sup>4)</sup> J. Habermas (Anm. 1), S. 577.

<sup>5)</sup> Ebd., S. 577.

---

<sup>6)</sup> D. Lehnert, *Alternative Politik. Die neuen sozialen Bewegungen zwischen Protestpotential, Wertekonservatismus und Okosozialismus*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, (1985) 1, S. 33. Lehnerts Schlußfolgerung: Durch eine friedenspolitisch und ökologisch erneuerte SPD in der Opposition werden die Grünen nicht überflüssig. Diese Erwartung war seines Erachtens von vornherein unrealistisch.

— Dezentralisierung und Basisdemokratie: Grundsätzlicher Vorrang der kleinen Einheit und Selbstbestimmung für jeden.

— „Betroffenheitskultur“: Bekenntnis zur Emotion und zum subjektiven Handeln und der Versuch, untereinander gewaltfreie, demokratische und solidarische Umgangsformen zu praktizieren<sup>7)</sup>.

Im Sinne dieser Analyse sind die Grünen nicht nur Ausdruck einer gesellschaftlichen Krisensituation, sondern möglicherweise Indikator eines epochalen gesellschaftlichen

Umbruchs. Doch grau ist alle Theorie — wenden wir uns der Praxis der Grünen zu. Hier haben sich vier wichtige Strömungen herausgebildet: Die roten und radikalökologischen Fundamentalisten, die konsequent aus dem herrschenden System aussteigen wollen; die Realpolitiker, die unsere Industriegesellschaft reformieren wollen; die Ökolibertären, die auf konservative Wählerschichten zielen; und schließlich die Frauen, die zum axialen Faktor der grünen Partei werden sollen, um damit die politische Integration der auseinanderstrebenden Strömungen zu gewährleisten.

### III. Innerparteiliche Strömungen bei den Grünen

#### 1. Die Fundamentalisten oder: Traditionalisierung und Theologisierung von Politik

Zu dieser Strömung innerhalb der grünen Partei zählen die Ökosozialisten und Radikalökologen.

Die marxistisch-dogmatischen Ökosozialisten befinden sich in grundsätzlicher Systemopposition zu Kapital und bürgerlichem Staat — das alte Rot in neuem, schicken, grünen Gewand. Bei ihnen dominieren nach wie vor marxistischer Antirevisionismus, die Kritik Rosa Luxemburgs am Reformismus sowie die eindimensionale Betonung der Eigentumsfrage und des Klassenkampfes<sup>8)</sup>. Die Grünen müssen den Ökosozialisten zufolge eine „Systemüberwindungsstrategie“ entwickeln, die die Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen — seien es Tierschützer, Landwirte oder Stahlarbeiter — gegen die Interessen des Kapitals formuliert und durchsetzt. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen dieser Gruppierung: „Die Abschaffung der Atommeiler, umfassende industrielle Entgiftungsprogramme und Stilllegungen in der chemischen Industrie und bei industriellen wie auch privaten Verbrennungsprozessen, Entgiftung der Böden und Gewässer, Einleitungsverbote und Verhinderung neuer Techniken

in der Betriebssphäre wie der Einsatz der neuen Medien und der Genmanipulation, Abkehr von der heutigen Agrarindustrie, Aufbau von Landschaftsschutz und regional angepassten Techniken statt großflächiger Betonierungen, Aufbau regionaler Wohn- und Wirtschaftsstrukturen statt mitunter unerträglicher Industrieansiedlungen.“<sup>9)</sup>

Neben dem Plädoyer für eine dezentrale Produktion tritt man für einen Abbau des Exportstaates Bundesrepublik ein (gleichzeitig aber soll der Wohlfahrtsstaat Bundesrepublik ausgebaut werden) und spricht sich z. B. für ein garantiertes Mindesteinkommen für jeden und — ganz hedonistisch — für Arbeit nach Lust und Laune aus. Gesteuert und geplant wird in einer solchen grünen Wirtschaftsordnung a) individualistisch von den Betroffenen selbst und b) korporatistisch durch Branchenräte, Wirtschafts-, Sozial- und Umwelträte. Am Beispiel des vergesellschafteten Stahlbereichs läßt sich die Widersprüchlichkeit einer solchen grünen Wirtschaftspolitik zeigen: Auf der einen Seite sollen die überzähligen (weil unrentablen) Kapazitäten weiterbestehen, gleichzeitig soll aber ein umfassendes Humanisierungsprogramm (35-Stunden-Woche, Verzicht auf Schichtarbeit und Frühverrentung) eingeleitet werden<sup>10)</sup>.

<sup>7)</sup> Vgl. K.-J. Scherer/F. Vilmar, *Ökosozialismus*, Berlin 1980, S. 34.

<sup>8)</sup> Vgl. insbesondere Trampert/Ebermann, *Die Zukunft der Grünen. Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei*, Hamburg 1984; sowie dies., *Machtfaktor oder Machtphantasie*, in: *Konkret*, (1984) 5, und die Diskussionen in der ökosozialistischen Hauszeitschrift „Moderne Zeiten“.

<sup>9)</sup> Trampert/Ebermann (Anm. 8), S. 275; vgl. auch: NRW-Wahlprogramm und den Leitantrag des Bundesvorstandes zum Hamburger Parteitag im Dezember 1984 sowie die Diskussion über grüne Wirtschaftspolitik in der Tageszeitung.

<sup>10)</sup> Vgl. insbesondere die Kritik von H. Wiesenthal, *Ein fundamentalistisches Schauprogramm*, in: *taz* vom 21. 3. 1985.

Die einfache Frage, wer das bezahlen soll, wird wohlweislich nicht beantwortet. Bei den Vergesellschaftungsmissionaren und Technologiekassandras dominiert als Politiker-Typus der ehemalige studentische K-Gruppen-Funktionär, der seit den siebziger Jahren eifrig bemüht ist, die deutsche Arbeiterschaft endlich zur Revolution zu bewegen. Die Schubkraft der Systemveränderung geht in diesem Politikmodell von den neuen sozialen Bewegungen aus, die außerparlamentarisch agieren. Der Frauenbewegung, der Umwelt- und der Anti-AKW-Bewegung sowie der Friedensbewegung steht in Zukunft noch großes bevor: Sie sollen nun auch noch „zum einzigen relevanten Träger des proletarischen Klassenkampfes“ werden<sup>11)</sup>.

Den Radikalökologen geht es nicht so sehr um marxistische Kategorien, sondern vielmehr um ein „Lebensrecht“ für die Natur und „ökologische Gerechtigkeit“: „Ohne ökologische Gerechtigkeit kann es keine soziale Gerechtigkeit geben ... Analog dem menschlichen Grundrecht auf Leben ist der Natur und ihren vielfältigen Lebewesen ein Rechtsstatus einzuräumen. Dieser bestimmt in Konfliktfällen die Abwägung der beiderseitig legitimen Interessenansprüche.“<sup>12)</sup>

Kompromißlosigkeit, Fünf-vor-zwölf-Denken, moralischer Rigorismus und Verbotspolitik kennzeichnet das Politikverständnis der fundamentalistischen Ökologen. Und: Alle Hoffnung wird darauf verwendet, daß die Menschen — angespornt durch dauerhaftes Missionieren — innerlich und real aus dem Industriesystem aussteigen und ökologisch bewußt in kleinen, selbstverwalteten Einheiten leben und arbeiten. Nur so, und nicht durch Schielen nach Mehrheiten, findet man den letzten rettenden Ausweg aus der Katastrophe. Auch in friedens- und sicherheitspolitischen Fragen gebärdet man sich radikal: Sofortiger Austritt aus der NATO sowie rigorose Entmilitarisierung und ein Bruch der herrschenden Blocklogik sind angesagt; statt dessen wird soziale Verteidigung bzw. prinzipielle Gewaltlosigkeit gefordert. In wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen ist man weitgehend konzeptionslos. Auch hier redu-

zieren sich die Vorstellungen auf einen naiven und hilflosen Fundamentalismus: „Die Grünen waren immer da stark, wo sie den Preis an Natur, Landschaft, Umweltqualität, Menschenschicksalen, Ressourcenvergeudung, Zukunftslasten für diese Politik benannt haben.“<sup>13)</sup>

Kurzum: Hier wird eine Theologisierung von Politik betrieben, die sich (wie auch bei den roten Traditionalisten) nicht ernsthaft auf politische Realitäten einläßt oder gar den Versuch unternimmt, alternative und durchsetzbare Politikkonzepte zu entwickeln. So dominieren bei den Fundamentalisten dieser Couleur auch die „guten Hirten“, die „radikalen Frömmel“ und die „alternativ Unschuldigen mit manichäischer Weltauffassung“, deren utopische Alternativen oftmals fatal-totalitäre Züge tragen<sup>14)</sup>.

Den Aufstieg dieser naiven Idealisten und deren Unschuld rhetorik kommentiert der französische Soziologe Pierre Bourdieu: „Es ist das neue akademische Kleinbürgertum, das mit Wertvorstellungen bricht, die, von einer westeuropäischen politischen Tradition entwickelt, noch immer im Westen herrschen“<sup>15)</sup>. Anstatt den Diskurs der Aufklärung und der Moderne weiterzuentwickeln, will man unsere Gesellschaft in einen alle selig machenden Lindenhof verwandeln, in dem statt Interessenausgleich Moral und Tugend höchste Priorität darstellen und in dem sich alle in Bezugsgruppen friedlich die Hände reichen. „Was bei den Grünen Fundamentalismus genannt wird, ist, mehr als alles andere, eine Instrumentalisierung der Politik für die Zwecke der Ich-Findung, ein sich politisch gebender Ästhetizismus, der auf der Vorstellung beruht, die Welt, dieses ökologische Jammertal, sei letztlich nichts anderes als Anlaß, Gleichnis, Material für die Suche nach der eigenen Identität.“<sup>16)</sup>

## 2. Die Frauen oder: Hausfrauisierung von Politik

Vertreter(innen) dieser Strömung fallen weniger durch inhaltliche Divergenzen auf, denn

<sup>11)</sup> Trampert/Ebermann (Anm. 8), Kapitel „Neue soziale Bewegungen und Arbeiterbewegung“, S. 116ff.

<sup>12)</sup> So die grüne „Philosophin“ Maron-Manon Griebach, eine der Hauptfiguren der Radikalökologen, auf dem Parteitag der Grünen in Baden-Württemberg, in: taz vom 13. 5. 1985.

<sup>13)</sup> So z. B. Antje Vollmer in einer Entgegnung auf Peter Glotz zur innenpolitischen Situation der Grünen; vgl. taz vom 14. 5. und 16. 7. 1985.

<sup>14)</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang die gelungene Darstellung von Politikertypen von K.-H. Bohrer, Die Unschuld an der Macht, in: Merkur, (1985) 1.

<sup>15)</sup> Ebd., gerade in Frankreich trifft dieses Politikverständnis auf tiefes Mißtrauen; vgl. z. B. B. Sauzay, Le vertige allemand, Paris 1985.

<sup>16)</sup> J. Strasser, Identitätssuche oder Politik, in: L'80, (1980) 33, S. 27.

durch die positive Bewertung einer Eigenschaft: die der Weiblichkeit. Warm, unentfremdet, persönlich, wahrhaftig, unverstellt soll es bekanntlich in der „Betroffenenkultur“ der neuen sozialen Bewegungen zugehen. Die friedfertige Frau kann dies allemal besser als der männliche Chauvinist. Ganz im Sinne der derzeit modischen Theorien von Frauen als Überlebensträgerinnen sollen die grünen Frauen eine wichtige Vermittlerrolle zwischen den realpolitischen, fundamentalistischen und ökolibertären Streithähnen spielen.

In praxi ist dieser Ansatz bei der Bundestagsfraktion im Rahmen des einjährigen Feminats erprobt worden — und eine neue Form der politischen Arbeitsteilung ist getestet worden: Die Frauen verbesserten mit sozialarbeiterischem Engagement und entsprechendem Ambiente das „Betriebsklima“ (genau wie die Hausfrau in der Familie) und hielten damit die Fraktionsmaschine still und leise in Gang. Obwohl die sechsköpfige Frauenschaft nicht mit dem Anspruch angetreten ist, als „Obermutter“ der Fraktion zu agieren, sind sie genau in diese Rolle gedrängt worden. Sich anbahnende Konflikte wurden im Vorfeld geglättet; es wurde ausgeglichen. Statt Intragantentum wollten die grünen Frauen Ehrlichkeit und Offenheit erproben; anstatt Ellenbogen zu benutzen, setzten sie auf Kooperation und Gruppendynamik. Statt Härte zeigten sie Verbindlichkeit. Die machiavellistischen Oberstrategien dagegen bestimmten öffentlichkeitswirksam die grünen Inhalte, stellten im Plenum des Bundestages ihr rhetorisches und schauspielerisches Talent vor<sup>17)</sup>. „Mir hingegen ist es nicht ganz wohl bei der Vorstellung, daß Frauen heutzutage nicht mehr nur ihr eigenes Wohnzimmer schön gemütlich halten, sondern plötzlich die ganze Welt dazu machen sollen. Statt, daß die emotionalen Leistungen im privaten Bereich neu verteilt werden, dehnen sie sich aus: Die Aufhebung des Unterschieds zwischen Öffentlichkeit und unmittelbarem Lebensbereich, die ‚Hausfrauisierung‘ von Politik sozusagen, erhöht lediglich die Mehrfachbelastung der Frauen ins Grandiose.“<sup>18)</sup>

Doch diese Hausfrauisierung und Emotionalisierung von Politik wollen die grünen Frauen nicht länger hinnehmen. Nach einem knappen Jahr Feminat sind sie härter geworden, strenger, autoritärer; sie haben gelernt, daß Nicht-ausüben-Wollen von Macht zum Minderheitenlobbyismus führt; sie haben erfahren müssen, daß es der Konfrontation und Kontroverse bedarf, um sich durchzusetzen. Anders herum: frau muß auch primär ‚männliche‘ Eigenschaften einüben, wenn sie politisch zur Geltung kommen will. Trotz alledem: Der weibliche Fraktionsvorstand hat sich für die Grünen in jedem Fall gelohnt. Neben dem Umweltthema wird den Grünen in punkto Gleichberechtigung der Frauen die höchste Glaubwürdigkeit eingeräumt. Gerade die jungen Frauen zwischen 15 und 30 sympathisieren mit dem Politikverständnis und den Aktionsformen der grünen Partei. „Hier entsteht ein weibliches Politisierungspotential — fernab von den traditionellen Parteien —, das in den kommenden Jahren für die politische Kultur in der Bundesrepublik eine bedeutende Rolle spielen wird“, heißt es in einer Untersuchung des Sinus-Instituts für das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. Vielleicht bildet sich hier sogar eine neue „weibliche Mehrheit, die allerdings dann keine schweigende sein wird“<sup>19)</sup>.

Diese Prognose läßt sich empirisch mit einem politischen Bewußtseinswandel untermauern. Orientierten sich früher Frauen traditionell politisch eher konservativ, ist heute gerade das Gegenteil der Fall: 54,1% der jungen Frauen zwischen 15 und 30 plädieren für eine rot-grüne Mehrheit auf Bundesebene. Bei den 25- bis 35jährigen sind dies immerhin noch 50,5%<sup>20)</sup>. Aufgrund dieser Ergebnisse stellen Frauen einen zentralen Faktor für die Zukunft der Grünen dar. Das haben auch die Parteistrategen erkannt: Sie plädieren für die Bildung einer grünen Mitte, die als Bindeglied zwischen den verfeindeten männlichen Lagern fungieren und die aktiv von Frauen getragen werden soll<sup>21)</sup>.

<sup>17)</sup> Vgl. taz vom 4. 12. 1984, die ihren Hintergrundartikel mit der Überschrift „Wir sind so lieb und so gut, daß keiner mehr von uns Notiz nimmt“ überschreibt. Acht Monate grünes Feminat: vgl. „Gegen männliche Machtpolitik als politische Kultur“ — Gespräch mit Antje Vollmer, in: taz vom 12. 10. 1984.

<sup>18)</sup> C. Stephan, Ganz entspannt im Supermarkt. Liebe und Leben im ausgehenden 20. Jahrhundert, Berlin 1985, S. 85.

<sup>19)</sup> Vgl. Sinus, Junge Frauen zwischen 15 und 30: Rollenwandel und Alltag der Emanzipation, Sonderauswertung zum Forschungsprojekt: Veränderungen in der Motivationsstruktur Jugendlicher und junger Erwachsener, Heidelberg im November 1983, S. 29.

<sup>20)</sup> Ebd., S. 26, sowie W. A. Perger, Mut zur neuen Frau, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 3. 2. 1985.

<sup>21)</sup> Vgl. taz vom 4. 3. 1985: Es geht um eine andere Machtkultur.

### 3. Die Ökolibertären oder: Verbürgerlichung von Politik

Die Ökolibertären repräsentieren den verbliebenen bürgerlichen Flügel innerhalb der grünen Partei. Inhaltlich stehen sie für einen liberalen Humanismus, der an republikanisch-freiheitlichen Traditionen anknüpft. Obwohl anarchistische Traditionen in ihren Reihen keine Rolle spielen, nennen sie sich libertär. Die Kritik der Ökolibertären, bei denen Angehörige der klassischen bürgerlichen Mittelschichten und ältere Bürger deutlich überrepräsentiert sind, gilt vor allem sozialistischen Veränderungsvorstellungen: „Das sozialistische Projekt kann gar nicht anders, als auf weitere Beschleunigung des Fortschritts zu setzen.“ Und: „In diesem Sinne ist die vielbesungene Verbindung von Ökologie und Sozialismus in der Tat gefährlich. Denn in ihr täteten sich zwei autoritäre Strömungen zusammen: der biologische Ökologismus und der gute alte erziehungsdiktatorische Jacobinismus der Sozialisten.“ Eine weitere Feststellung: „Zwar gibt es die soziale Frage wirklich, sie ist heute aber ein Folgeproblem des Industrialismus, mithin auch ein Problem zweiter Ordnung.“<sup>22)</sup> Bei mehr als zwei Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen (plus „Stiller Reserve“), der Marginalisierung von bedeutenden Teilen der Bevölkerung sowie angesichts der Streichung im Sozialbereich ist das eine zynische Feststellung.

In ökolibertären Stellungnahmen finden sich häufig — ähnlich wie in konservativ-liberalen Veröffentlichungen — Polemiken gegen die Gewerkschaften, gegen den bürokratisch-etatistischen Sozialstaat und gegen gesellschaftliche Neuerungen via staatlichen Bürokratien. Der sozialökologische Umbau der Gesellschaft soll mit marktwirtschaftlichen Mitteln und Mechanismen erfolgen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn sich einige prominente Ökolibertäre für schwarz-grüne Koalitionen aussprechen<sup>23)</sup>.

Die inhaltlichen Orientierungen der Ökolibertären beruhen auf einer Einschätzung des grünen Wählerpotentials: „Zwar ist die grüne Partei auf organisatorischer Ebene noch ziem-

lich fest in den Händen von Kadern mit marxistisch-leninistischer Geschichte — ihre Klientel gehört aber zu einem großen Teil eindeutig dem neuen Mittelstand an ... Die fundamentaloppositionelle Partei wurde also nicht zuletzt durch das gehobene neue Bürgertum, dem der um konkrete Erfolge eher unbesorgte Radikalismus der szenischen Linken fremd ist, ins Parlament gehievt.“<sup>24)</sup>

### 4. Die Realpolitiker oder: Säkularisierte Bewegungsaktivisten

Für die Vertreter der realpolitischen Richtung heißt die Entwicklungsperspektive der Grünen: Parlamentarisierung, Bündnis, Kompromiß. Nach ihrer Einsicht kann man nicht ungestraft Wahlen gewinnen und dann so tun, als ob nichts wäre. Die neuen sozialen Bewegungen sind durch die Grünen ins parlamentarische System integriert worden. Nun muß konsequenterweise der nächste Schritt folgen: Institutionalisierung und Professionalisierung. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit führt zwangsläufig auch zu Konsequenzen in organisationspolitischer Hinsicht: Das basisdemokratische Politikmodell muß reformiert werden. Inhaltlich geht es den Realpolitikern um einen sozialreformerischen Weg in Richtung auf eine ökologische und radikaldemokratische Gesellschaftsordnung.

Teile der Realos kritisieren das marxologische „Klippschulniveau“ der dogmatisch-roten Fundamentalisten ebenso wie den Geist von Bethel, der über den radikalökologischen Weltverbesserern schwebt. Nicht Hort des Protestes und Tummelplatz für rückwärtsgewandte Ideologen und Linienpolizisten (und deren Drang zu einer Aktivistendiktatur) sollen die Grünen künftig sein, sondern Hoffnungsträger als alternative Volkspartei, die 10% der Bevölkerung anspricht. Handlungstyp bei den Realpolitikern ist der säkularisierte Bewegungsaktivist, der sich vom Sponti zum Oberstrategen gemausert hat.

Realpolitiker sind aber auch die grünen Abgeordneten in den allermeisten Kommunal- und Landesparlamenten sowie im Bundestag. Der Grund: Sie bekommen (die bislang immer verhassten und gelegneten) Sachzwänge schnell zu spüren, wenn sie grüne Forderungen in konkrete exekutive Anweisungen umsetzen sollen. So ist im Rechenschaftsbericht der Bundestagsfraktion zu lesen, daß die viel-

<sup>22)</sup> Ökolibertäre Grundsatzklärung, lt. taz vom 7. 3. 1984.

<sup>23)</sup> So z. B. der ökolibertäre Hopflitschek in der FAZ vom 3. 3. 1984. Auch Schmid plädiert zur Durchsetzung eines garantierten Mindesteinkommens für eine Zusammenarbeit mit den aufgeklärten „Späth“-Kapitalisten; vgl. dazu Th. Schmid, Befreiung von falscher Arbeit, Berlin 1984, S. 15.

<sup>24)</sup> Th. Schmid, in: Freibeuter, 15, S. 25.

beschworenen Aktivitäten der Basis nicht auf das schlüpfrige Bonner Parkett übertragen werden können. Ein Beispiel dazu: „Draußen heißt es Austritt aus der NATO und Auflösung der Bundeswehr; drinnen wird in zäher Kleinarbeit um die Verringerung des Rüstungsetats gekämpft. Die parlamentarischen Brötchen müssen notgedrungen kleiner gebacken werden im Vergleich zu den Programmgrundsätzen.“<sup>25)</sup>

Im Bundestag gelten die Grünen als bienenfleißige und emsige Fraktion: Über 33 große Anfragen, 568 kleine Anfragen und 193 Anträge haben die Grünen bis September 1985 im Bundestag gestellt. Aber nur in einem Punkt haben sich die Grünen in der bisherigen Bundestagsarbeit mit einem Antrag

durchsetzen können: Sie haben einen Importstopp für Meeresschildkröten erreicht.

Den Grünen weht der Wind jetzt härter ins Gesicht als früher, da die anderen Parteien beginnen, grüne Themen aufzunehmen und in ihre parlamentarische Arbeit und politische Programmatik zu integrieren. So lehnte z. B. die CDU/CSU-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages zwar den grünen Entwurf für ein Waschmittelgesetz zunächst ab, aber nur um kurz darauf einen zu zwei Dritteln vom grünen Papier abgeschriebenen eigenen Entwurf zu präsentieren. Das gleiche Verfahren wurde bei den Gesetzesinitiativen zum Abwasserabgabengesetz, der Bodenschutznovelle und bei Frauenthemen angewandt<sup>26)</sup>.

#### IV. Der Wähler: Fundamentalismus — nein danke!

Bei den diesjährigen Landtagswahlen im Saarland, in Nordrhein-Westfalen, bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin und bei den hessischen Kommunalwahlen sind die unterschiedlichen inhaltlichen Konzepte und Strategievorstellungen innerhalb der grünen Partei auf dem „Wählermarkt“ zur Abstimmung gestellt worden. Fundamentalistische Cocktails mit Zugaben wurden im Saarland, in Berlin und in Nordrhein-Westfalen gemixt. In Berlin präsentierte sich die Alternative Liste als eine Zeigefingersekte, die rigorose Verbotspolitik (autofreie Stadt, Abzug der alliierten Truppen) betrieb. Im traditionell konservativen Saarland wollten die Grünen nach dem Koalitionsangebot von Oskar Lafontaine erst gar nicht in den Landtag. Die Erkenntnis lautete: „Nur mit außerparlamentarischem Druck könne man etwas ändern und nicht mit zwei Alibiministern.“<sup>27)</sup> Die Grünen mystifizierten die Bewegung und starteten gleichzeitig wie das Kaninchen auf den rot-grünen Oskar Lafontaine. Das realpolitische Ergebnis der Verweigerungsstrategie: Die Grünen mußten sich mit 2,4 Prozentpunkten begnügen. In Nordrhein-Westfalen hatten innerparteiliche Minderheiten wie Päderasten und dogmatische Okosozialisten das Sagen. Ihre

Handschrift prägte das 650seitige Wahlprogramm, das u. a. an die SPD gerichtete „Überlebensforderungen“ präsentierte: Ausstieg aus der Kernenergie, mittelfristiger Abschied von der Braunkohle, Verzicht auf neue Technologien, Programme zur Entgiftung der Industrie und zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Abkehr von der Exportorientierung der Wirtschaft<sup>28)</sup>.

Sowohl im Saarland als auch in Nordrhein-Westfalen war es für die SPD sehr leicht, die Grünen unter die Fünf-Prozent-Hürde zu drücken, weil sich die Grünen hier a) in desolatem personellen und organisatorischen Zustand präsentierten und sich b) im Vorfeld nicht mit parlamentarischer Arbeit profilieren konnten. In Hessen ist vom Wähler das rot-grüne Bündnis bestätigt worden. Das Beispiel dort zeigt: „Wo grüne Bündnisse auch nur den Schimmer einer Realisierungschance haben, kann das von den Wählern offensiv unterstützt werden“<sup>29)</sup>.

Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung kommen in einer Studie zu folgenden Ergeb-

<sup>28)</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau vom 17. 12. 1984 sowie FAZ vom 25. 12. 1984. Die taz kommentierte: „Für das, was die Grünen am Wochenende formuliert haben, fehlt die gesellschaftliche Basis, die dies durchsetzen könnte. Hier bleibt nur Bahros Vision vom ‚gewaltfreien Volksaufstand‘“, in: taz vom 18. 12. 1984.

<sup>29)</sup> Th. Schmid, Plädoyer für eine regierungsfähige grüne Programmatik, in: taz vom 23. 3. 1985.

<sup>25)</sup> Vgl. taz vom 30. 11. 1980.

<sup>26)</sup> Vgl. taz vom 4. 3. 1985.

<sup>27)</sup> Vgl. taz vom 7. 1. 1985.

nissen<sup>30</sup>): Das Auf und Ab der Grünen ist abhängig vom Zustand der Sozialdemokratie. Bei einer personell und/oder inhaltlich sich selbstbewußt präsentierenden Sozialdemokratie haben die Grünen wenig Chancen, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Trotzdem rechnen die Forscher der Adenauer-Stiftung mit einer parlamentarischen Präsenz der Grünen bis zum Ende dieses Jahrzehnts (allerdings nur, wenn sich die Grünen „links“ neben der SPD etablieren). Der Grund für diese Annahme: In sechs Bundesländern (Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Hessen, Baden-Württemberg, Berlin) und bei den Kommunalwahlen haben die Grünen ihren Zenit zwar überschritten, sich aber gleichzeitig auf niedrigerem Niveau konsolidieren können.

Als Gründe für das Ende des grünen Wachstums werden in der Literatur u. a. angeführt:

— Der Wertwandelschub, der wesentlich

zum Entstehen der Grünen beigetragen hat, ist zumindest vorläufig gestoppt. Bei den Erstwählern dominieren wieder traditionelle materielle Werte<sup>31</sup>).

— Die Grünen haben in ihren großstädtischen Hochburgen stagniert und konnten keine neuen Wählerschichten gewinnen. Durch die fundamentalistische Orientierung sind zudem die wahlentscheidenden grünen Wechselwähler abgeschreckt worden<sup>32</sup>).

— Die Grünen haben ihren eigenen Sympathiewert weit überschätzt: Sowohl der „Pousierlichkeitsbonus“ ist dezimiert, als auch der Kurswert der Protestthemen der späten siebziger und achtziger Jahre — Atomenergie, Umwelt, Nachrüstung — gesunken (oder aber von den anderen Parteien programmatisch aufgenommen worden, wie das Beispiel des SPD-Programms „Arbeit und Umwelt“ zeigt<sup>33</sup>).

## V. Die grüne Revisionismusdebatte

Gebot der Stunde für die grüne Partei ist die Formulierung einer regierungs- und politikfähigen Programmatik. Der Ökolibertäre Thomas Schmid kommt zu dem Schluß: „Die Grünen sind weiterhin erwünscht... als Leute, die intelligente Vorschläge mittlerer Reichweite zur Abrüstung der Industriegesellschaft zu machen haben.“<sup>34</sup>) Setzt sich diese Er-

kenntnis mehrheitlich durch, müssen die Grünen ihr bisheriges Politik- und Organisationsverständnis in drei entscheidenden Punkten revidieren:

1. Klares Bekenntnis zum Reformismus und zu parlamentarischen Bündnissen;
2. Entwicklung von mehrheitsfähigen alternativen Politikkonzepten;
3. Reform des basisdemokratischen Organisationsmodells.

### 1. Reformismus und parlamentarische Bündnisse

Wollen die Grünen längerfristig die politische Landschaft in der Bundesrepublik mitgestalten, gibt es für sie keine Alternative zum Reformismus. Entscheiden sie sich endgültig für den gesinnungstüchtigen und prinzipienfesten Antireformismus mit seinem teilweise pädagogisierenden, teilweise idealistischen Voluntarismus, haben sie ihre Zukunft bereits hinter sich.

Die Frage Reformismus ja oder nein innerhalb der grünen Diskussion ist eng verbunden mit der Frage nach parlamentarischen Bündnissen — insbesondere mit der SPD. Für die roten Fundamentalisten geht nichts mit der SPD (sie lassen sich zwar — wie in Hamburg — auf Verhandlungen mit der SPD ein, aber nur mit dem Ziel, die SPD in altlinker Manier

<sup>30</sup>) Vgl. H. J. Veen, Die Grünen an den Grenzen ihres Wachstums. Eine Analyse ihrer Wähler und Repräsentanten vor den Wahlen 1984 und 1985, in: Politische Studien (Juli/August 1985), S. 356 ff.

<sup>31</sup>) Vgl. hierzu die Analyse des Demoskopien M. Güllner für die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen, in: Kölnische Rundschau vom 27. 11. 1985. Güllner nennt Teile der Jungwähler Supermaschinisten der Anpassung; vgl. auch Th. Sommer, Grünt grün oder wählt grün?, in: Die Zeit vom 22. 4. 1985.

<sup>32</sup>) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 14. 5. 1985: Die CDU-Werbung steigerte die Liebe zum eigenen Land und damit zur SPD. Der Kölner Wahlforscher Güllner verweist auf einen interessanten Trend, der bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sichtbar wurde: In Dienstleistungszentren mit überdurchschnittlicher Bildung und hoher Mobilität war die FDP besonders erfolgreich, so auch D. Oberndörfer/G. Mielke, Menetekel für Bonn, in: FAZ vom 15. 5. 1985. Der Grund: Teile der aufstiegsorientierten Mittelschichten, die „young urban professionals“, wenden sich von den Grünen ab.

<sup>33</sup>) Vgl. C. Offe/H. Wiesenthal, Die grüne Angst vorm Reformismus, in: taz vom 13. 5. 1985.

<sup>34</sup>) Th. Schmid, Plädoyer für eine regierungsfähige Programmatik, in: taz vom 28. 3. 1985.

zu entlarven). Die ökologischen Fundamentalisten beschimpfen in pubertärer Haßliebe die alte Mutter SPD und wollen nichts mit ihr zu tun haben. Doch es gibt Lernprozesse — die normative Kraft des Faktischen beginnt zu wirken. Während die Fundamentalisten auf dem Hamburger Parteitag die Grünen auf Totalverweigerungskurs bringen wollten, hat man sich auf dem Hagener Parteitag (nach den verheerenden Wahniederlagen) anders entschlossen: Von grundsätzlicher Opposition bis hin zu rot-grünen Bündnissen ist nun alles möglich<sup>35</sup>).

Die Premiere einer rot-grünen Koalition soll jetzt in Hessen erprobt werden. Neben dem Umwelt- und Energieministerium erhalten die Grünen eine Staatssekretärin für Frauenfragen. Ihre ursprüngliche Forderung nach einem Frauenministerium konnten die Grünen gegenüber den Sozialdemokraten nicht durchsetzen<sup>36</sup>). Diese Forderung hätte sich zum „Knackepunkt“ der Koalitionsverhandlungen entwickeln können, hätten die Grünen zwecks Erhaltung ihrer Identität auf dem Ressort bestanden. Doch die Grünen haben — und dies zeigten auch die Koalitionsverhandlungen — Lernprozesse gemacht: Sie wechselten hier Politik nicht mehr mit Identitätssuche. Klassisches Beispiel für einen solchen Fall war der Scheidungskonflikt um die Hanauer Atomfabriken Nukem/Alkem. „Wer in diesem Sinne die Realisierung des eigenen Gesellschaftsentwurfes zur Voraussetzung von ‚Tagespolitik‘ macht, verzichtet von vornherein auf die Veränderung der kritisierten Zustände. Dann ist der Punkt erreicht, an dem das Streben nach Stabilisierung einer gemeinsamen Identität die Durchsetzung gemeinsamer Interessen unmöglich macht. Denn Interessen durchzusetzen erfordert, sich politisch

zu verhalten. Politik aber heißt in unserer Gesellschaft einer schlichten und prägnanten Definition von Max Weber zufolge: „Das Streben nach Machtanteilen oder nach Beeinflussung der Machtverteilung... innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt.“<sup>37</sup>)

Für die Grünen ist es wichtig, Lernprozesse dieser Art zu machen. Denn: Eine funktionierende rot-grüne Koalition, in der die Grünen den Beweis von Politikfähigkeit und Verlässlichkeit erbringen, erhöht ihre Chancen für die Bundestagswahl 1987.

## 2. Inhaltliche Umorientierung

Nicht mehr die Formulierung von Anti-Thesen (gegen Wachstum, gegen Kernenergie, Ausstieg aus der Industriegesellschaft, Austritt aus der NATO) ist künftige Aufgabe grüner Politik, sondern der Entwurf ökologisch-orientierter, alternativer Politikkonzepte für den Bereich der Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Friedenspolitik. Auch hier gibt es erste Anzeichen einer Reifung: Zur Bundestagswahl 1987 wollen die Grünen mit einem ökologisch-orientierten Umbauprogramm (das mit wissenschaftlicher Beratung erstellt werden soll) antreten. Der zentrale Punkt der inhaltlichen Revisionismusdebatte wird das Verhältnis der Sozialarbeiter- und Lehrerverpartei zu den neuen Technologien sein. Angetreten sind die Grünen als antimodernistische und technikfeindliche Gruppierung. Nun werden sie mit der sprichwörtlichen Ironie des Schicksals konfrontiert: Gerade ihr Protest trägt zur ökologisch-technologischen Modernisierung des Industriesystems bei. Aus reformpolitischer Sicht haben die Grünen letztlich stabilisierend auf das Industriesystem gewirkt, und sie sind genuiner Auslöser eines enormen künftigen Wachstumsschubs im Bereich der Umwelttechnologie. Dieser Tatsache trägt die SPD in ihrem neuen Parteiprogramm (das auf eine Integration der grünen Wähler zielen wird) Rechnung: Sie setzt weiter auf den industriell-sozialstaatlichen Legitimus, wird ihn aber friedenspolitisch, frauenpolitisch und ökologisch weiterentwickeln. Und: Durch den Einsatz der neuen Technologien erhofft man sich für die nächsten Jahrzehnte enorme Verkürzungen der

<sup>35</sup>) Einige Vordenker — wie etwa der designierte hessische Umweltminister Joschka Fischer — liebäugeln inzwischen gar mit einer Zusammenarbeit mit aufgeklärten Unionschristen. Er argumentiert, daß die SPD zu sehr in Abhängigkeit ihres Wachstumsflügels kommen könnte und daß in den süddeutschen Bundesländern Linksbündnisse perspektivlos sind; vgl. taz vom 4. 3. 1985. Zum Hagener Parteitag vgl. Frankfurter Rundschau vom 24. 6. 1985; FAZ vom 24. 6. 1985; Süddeutsche Zeitung vom 24. 5. 1985.

<sup>36</sup>) Hier stellt sich natürlich die grundsätzliche Frage, ob es sinnvoll ist, die gesellschaftspolitische Aufgabenstellung „Gleichberechtigung der Frau“ durch Verbürokratisierung zu lösen. Und: Ein (wahrscheinlich machtloses) Frauenministerium könnte leicht zum Legitimationsobjekt gemacht werden, weitergehende Forderungen abzublocken.

<sup>37</sup>) S. Neckel, Politische Identität und soziale Interessen, in: L'80, (1985) 33, S. 54.

Arbeitszeit, die für die Schaffung von Freiräumen kreativer Lebensgestaltung genutzt werden sollen<sup>38)</sup>.

Die von den Grünen angestrebte Überwindung des sozialdemokratisch-ökonomischen Modernismus setzt eine zentrale politisch-strategische und gedankliche Anstrengung voraus, „die Leistung nämlich, politisch überzeugende Antworten zu finden, wie auch unter Verzicht auf den modernistischen Wachstumsmythos das Problem der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit zu bewältigen ist“<sup>39)</sup>. Abkoppeln von diesem angeprangerten Modernismus können sich die Grünen nur, wenn sie dem Wähler überzeugende und durchgerechnete Antworten zu Fragen von Arbeit und Beschäftigung, Verteilung und sozialer Sicherheit bieten. Für die in sich zerstrittenen Grünen ist das eine kaum zu bewältigende Aufgabe.

### 3. Reform der Binnenstrukturen

Dritter Punkt der grünen Revisionismusbefragung ist die Reform des basisdemokratischen Politikmodells. Das Spielbein-Standbein-Modell einer grünen Anti-Parteien-Partei entspricht der unstrukturiert-dynamischen Bewegungs- und Protestphase der neuen sozialen Bewegungen. Für die parlamentarische Arbeit haben sich die Elemente Rotation, Mitgliederoffenheit aller Gremien und das Konsensprinzip im politischen Alltagsgeschäft als kontraproduktiv erwiesen. Die Spielbein-Standbein-Theorie ist in ihr Gegenteil verkehrt worden: Die neuen sozialen Bewegungen sind erstarrt — das Spielbein Parlament ist zum grünen Standbein geworden. Anstatt diese Entwicklung nachzuvollziehen, flüchten sich die Akteure der Grünen in eine Mystifizierung der neuen sozialen Bewegungen<sup>40)</sup>.

Der bewußte Verzicht auf professionelle Politik führt — auch bei einer Partei mit tendenziell hohem Bildungsniveau ihres Rekrutierungspotentials — mittelfristig zur „Dominanz der bleichen Macher“, in der der inkompetente, unerfahrene politische Amateur das Sagen hat. Das Rotationsprinzip — dies zeigen die Erfahrungen aus Bund und Ländern — führt zu einem Effizienzverlust und zur Mittelmäßigkeit grüner Politik<sup>41)</sup>.

Die Mitgliederoffenheit grüner Gremien führt zu einer Instrumentalisierung dieser Treffen durch die rivalisierenden innerparteilichen Gruppierungen. Durch das Rederecht für jeden Anwesenden (das auf 5 Minuten begrenzt wurde) steigen die personellen, politischen und zeitlichen Einigungskosten in unerträgliche Höhe. Anstatt politisches Diskussionsforum zu sein, haben sich grüne Mitgliederversammlungen zu unberechenbaren „Fix- und-Foxi-Sprechblasenkulturen“ entwickelt, auf denen unliebsame und strittige Themen ausgeklammert werden (sowohl auf dem Hamburger als auf dem Hagener Parteitag sind Themen wie Rotation, Strukturreform, künftige inhaltliche Orientierung der Grünen vertagt worden). Auch die bislang ehrenamtlich arbeitenden Parteigremien müssen durch hauptamtliche Mitarbeiter ersetzt werden.

Schaffen es die Grünen, diese „Eigenmacht der Formen förmlich zu begrenzen“<sup>42)</sup>. Sie werden — und dies läßt sich schon heute sagen — als Partei nur überleben können, wenn sie ähnliche Organisationsstrukturen annehmen wie die etablierten Parteien, nämlich Prinzipien wie Professionalität, Sachkunde, Arbeitsteilung, Verbindlichkeit, gesicherte Verfahrensregeln und Disziplin. Dann allerdings wäre ein weiterer grüner Traum gescheitert: zu glauben, daß man dem hochprofessionalisierten und -spezialisierten industriell-technokratischen System mit einem Laiensystem begegnen kann.

<sup>38)</sup> Vgl. hier insbesondere P. Glotz, Die Arbeit der Zuspitzung, Berlin 1985; vgl. ders., Grüne Politik zwischen Diagnose und Therapie, in: taz vom 14. 5. 1985. Auch der sozialdemokratische Gewerkschaftsflügel spricht sich für diese Strategie aus; vgl. das Papier von Rappe/Steinkühler, Der Markt kann allein keinen dauerhaften Fortschritt sichern.

<sup>39)</sup> C. Offe/H. Wiesenenthal, Die grüne Angst vorm Reformhaus, in: taz vom 31. 5. 1985.

<sup>40)</sup> So der Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, Christian Schmidt, der nach den Wahlniederlagen äußerte: „Arbeiten wir weniger für den deutschen Bundestag und mehr im Dienste sozialer Bewegungen“, in: taz vom 21. 6. 1985. Ähnlich argumentierten auch die Bundesvorstandssprecher Rainer Trampert und Jutta Ditfurth; für beide ist das Ver-

fehlen der Fünf-Prozent-Marke nicht weiter problematisch; vgl. taz vom 14. 5. 1985, vom 4. 6. 1985 und FAZ vom 14. 5. 1985.

<sup>41)</sup> Interesse verdient in diesem Zusammenhang auch das Ergebnis einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung (Anm. 30). Hier wird die These vertreten, daß die grünen Nachrücker in den allermeisten Fällen radikalere Inhalte vertreten als ihre Vorgänger. Stephan Ruß-Mohl weist in einer Untersuchung nach, daß Reformzyklen personell und inhaltlich innovatorisch beginnen und in Mittelmäßigkeit und Bürokratisierung enden; vgl. St. Ruß-Mohl, Dramaturgie politischer Reformen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/82.

<sup>42)</sup> C. Offe/H. Wiesenenthal (Anm. 39).

Der Ausgang der grünen Revisionismusdebatte ist derzeit noch offen. Doch der Trend läuft zugunsten der Realpolitik. So dürfte Karl Kautsky wieder einmal recht behalten: „Sind die Verhältnisse so, daß sie revisionistische Stimmungen begünstigen, dann gibts kein

Halten mehr, dann geht die Mehrheit zum Revisionismus über.“<sup>43)</sup>

---

<sup>43)</sup> K. Kautsky, zit. nach: Lehr- und Arbeitsbuch deutscher Arbeiterbewegung, Band 1, Bonn 1984, S. 221.

## **Wolfgang Rüdig: Die grüne Welle. Zur Entwicklung ökologischer Parteien in Europa**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/85, S. 3—18

In den meisten westlichen Industrienationen haben sich in den letzten Jahren grüne Listen und Parteien gebildet; in einigen Ländern haben diese Gruppen bereits Wahlerfolge erzielen können. Die Wahlbeteiligung von Ökologen ist damit zu einem wichtigen neuen Phänomen nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch auf internationaler Ebene geworden.

Es werden die wichtigsten Charakteristika grüner Politik in den einzelnen Ländern Westeuropas beschrieben. Die historisch-vergleichende Bestandsaufnahme folgt einem Drei-Phasen-Modell grüner Parteipolitik:

— Die Pionierzeit grüner Politik beginnt Anfang der siebziger Jahre mit der Gründung der ersten ökologischen Parteien auf nationaler Ebene in Neuseeland und Großbritannien;

— die Hauptphase beginnt mit den Erfolgen der französischen Ökologen bei den Kommunalwahlen 1977 und erreicht nach einer Welle grüner Parteigründungen mit dem Durchbruch der deutschen Grünen 1983 ihren Höhepunkt;

— mit diesen ersten großen Erfolgen wird die dritte und bislang letzte Phase eingeleitet, in der grüne Politik sich als neuestes Modephänomen etabliert und in der die weltweite Ausbreitung grüner Parteien stimuliert wird.

In zwei abschließenden Kapiteln werden Thesen zur vergleichenden Analyse grüner Parteien entwickelt und die Zukunft grüner Politik diskutiert. Während die Bundesrepublik Deutschland immer noch eine Ausnahmeposition im Hinblick auf die politische Relevanz grüner Parteien einnimmt, der z. Z. höchstens die belgischen grünen Parteien nahekommen, ist jedoch mit einer internationalen Kontinuität grüner Politik zu rechnen, die in einigen Ländern auch zu neuen politischen Durchbrüchen führen kann. Im Hinblick auf die fragliche weitere Entwicklung der Anti-KKW- und Friedensbewegungen ist die Zukunft dieser Parteien jedoch stark davon abhängig, ob sie neue politische Themen zur weiteren Festigung ihrer politischen Identität nutzen können.

## **Marie-Luise Weinberger: Ende des grünen Zeitalters?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/85, S. 19—29

Die Grünen in der Bundesrepublik sind das Ergebnis der Institutionalisierung und teilweisen Parlamentarisierung der neuen sozialen Bewegungen der siebziger Jahre: Frauenbewegung, Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, Selbsthilfe- und Alternativbewegung sowie nicht zuletzt der Friedensbewegung. Als industiekritische und antimodernistische Partei formulierten die Grünen radikale Anti-Thesen zur bestehenden ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnung. Innerhalb der grünen Partei haben sich fünf Strömungen herausgebildet:

— Die traditionell links orientierten Ökosozialisten, bei denen nach wie vor marxistischer Antirevisionismus dominiert und die sich in grundsätzlicher Systemopposition zur herrschenden bundesrepublikanischen Ordnung befinden;

— die Radikalökologen, die sich durch Kompromißlosigkeit, Apokalypsebeschwörungen, moralischen Rigorismus auszeichnen und aus dem Industriesystem aussteigen wollen;

— die Ökolibertären, die für eine Öffnung der Grünen hin zu konservativen Wählerschichten plädieren;

— die Realpolitiker, die für parlamentarische Bündnisse und für eine radikaldemokratisch-ökologisch orientierte Reformpolitik eintreten;

— die Frauen, die die zerstrittenen (Männer-)Flügel durch eine „Hausfrauisierung von Politik“ befrieden sollen.

Die Wähler im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Berlin haben den Grünen gezeigt, daß mit fundamentalistischen Verweigerungskonzepten kein Staat im Staate Bundesrepublik zu machen ist. Die Grünen stehen am Scheideweg: Wird aus der Bewegungs- und Protestpartei eine Parlamentspartei? Hierzu bedarf es der Entwicklung einer politik- und regierungsfähigen Programmatik. Wollen die Grünen ihre Zukunft nicht schon hinter sich haben, müssen sie ihr bisheriges Politik- und Organisationsverständnis in entscheidenden Punkten revidieren.